

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauschaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gefaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gefaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Früchte der kommunistischen Putzpolitik.

Wenn theoretische, wissenschaftliche Erwägungen es nicht vermochten, einem großen Teil der Arbeiterschaft den Unterschied zwischen revolutionärer Politik und Putzpolitik klarzumachen, so müssen die traurigen Vorgänge, die sich jetzt in weiten Gebieten Deutschlands abspielen, auch dem Blindesten die Augen geöffnet haben, welcher Unterschied zwischen diesen beiden Methoden besteht, und daß nur die eine den Sozialismus, die andre nur den Triumph der Reaktion herbeiführen kann. Das Furchtbare ist, daß der Weg zur Erkenntnis nur über einen Berg von Leichen unserer Arbeitsbrüder, über Trümmer und Ruinen, über eine Schwächung des Proletariats und eine Stärkung der Reaktion gehen kann. Aber daß der Weg ein so qualvoller werden muß, war seit dem Tage, da es den Putzisten gelang, einen Teil der auf dem Boden der revolutionären Politik der USP. stehenden Arbeiter zu sich herüberzuziehen, vorauszusehen gewesen.

Es ist eine Genugtuung, über die wir uns wahrhaftig nicht freuen dürfen, daß alles das fast buchstäblich eingetroffen ist, was wir, stehend auf unserer marxistischen Erkenntnis der geschichtlichen Vorgänge, damals vorausgesagt haben: daß die kommunistische Partei, um den neuhinzugekommenen Anhängern ihre Daseinsberechtigung zu demonstrieren, ihre alte, zeitweilig bereits verlassene Putzpolitik wieder werde aufnehmen müssen und daß andererseits die Verschärfung des wirtschaftlichen Elends des Proletariats, die im Gefolge der Weltwirtschaftskrise für den Anfang dieses Jahres vorausgesehen war, die psychologische Voraussetzung für eine solche Wahnsinnspolitik schaffen würde.

Beides ist eingetroffen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft hat sich von Monat zu Monat verschlechtert. Not und Elend sind aufs höchste gestiegen. Die Arbeitslosenlisten schwellen unaufhörlich an, fast eine halbe Million Arbeiter mit ihren Familien müssen sich mit der für das heutige Preisniveau lächerlich geringen Arbeitslosenunterstützung begnügen, mindestens einem ebenso großen Prozentsatz der Arbeiterschaft wird, obwohl auch er arbeitslos ist, selbst diese Unterstützung versagt, ein noch größerer Teil der Arbeiterschaft arbeitet mit verkürzter Arbeitszeit und mit verkürzten Löhnen. Aber selbst die vollbeschäftigten Arbeiter müssen sich mit Löhnen begnügen, die tief unter dem Existenzminimum liegen und haben schwer unter der Steuerlast zu tragen. Aber nicht genug damit, kauft die ganze Politik der bürgerlichen Parteien darauf hinaus, zugunsten der Bourgeoisie immer schwerere Lasten auf die Schultern des Proletariats zu wälzen, und die Arbeiterparteien sind heute weniger denn je imstande, dieser Politik erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen.

Was Wunder, daß sich der Arbeiter immer mehr Erbitterung über dieses Treiben der Kapitalisten und Verzwweiflung über ihre wirtschaftliche Lage bemächtigt und sie sich von dem furchtbaren Druck, der auf ihnen lastet, mit allen Mitteln zu befreien suchen. Welcher Arbeiter, ja welcher fühlende Mensch könnte es nicht verstehen, daß sich die angehäufte Erbitterung und Verzwweiflung in gewaltigen Eruptionen Luft macht. Aber was historisch und menschlich zu verstehen ist, darf deshalb noch lange nicht gebilligt und fatalistisch hingenommen werden. Das ist ja die große, befreiende Tat von Karl Marx gewesen! Wie der klug überlegende Tugendkrieger die gewaltige Kraft des von den Bergen herabstürzenden Wassers, die sich in ihrer wilden, elementaren Wucht nutzlos vergeudet, nutzbar macht, indem er sie in geordnete Bahnen lenkt, so lehrt der Marxismus uns die sich in nutzlosen Verzwweiflungsakten und Putzischen vergeudende Kraft des Proletariats durch planvolle, systematischen, organisierten Kampf der revolutionären Sache nutzbar zu machen. Freilich zeigt uns die letzte Vergangenheit und Gegenwart: je größer die Not, desto schwerer wird es, diesen einzig gangbaren Weg der revolutionären Politik zu gehen, desto größer die Gefahr des Rückfalls in die längst schon überwundene und als nutzlos erkannte putzistische Taktik. Dieses Seich hat die kommunistische Bewegung erzeugt, ihr unaufhörlich Nahrung zugeführt und mit eiserner Konsequenz zu jenen Ereignissen geführt, die wir wohl verstehen können, aber aufs schärfste derurteilen müssen, weil sie der Sache des Proletariats den schwersten Schaden zuzufügen geeignet sind.

Es besteht in Deutschland eine Arbeiterpartei, deren revolutionäre Gesinnung und Entschlossenheit über allen Zweifel erhaben ist: das ist die USPD, die sich in jenem Augenblick hatte bilden müssen, als die alte sozialdemokratische Partei in das nationalsozialistische und reformistische Fahrwasser einlenkte und bewußt und offen die revolutionäre Politik aufgab. Wenn der revolutionäre Standpunkt der USPD. noch nicht in einer Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung zur Auswirkung gekommen ist, so trägt daran die unrevolutionäre Gesinnung eines großen Teils der Arbeiterschaft mit schuld, ohne den der Entscheidungsschritt mit der Bourgeoisie nicht erfolgreich geführt werden kann, unsere Partei aber trifft daran nicht die geringste Schuld, wie der Verlauf der Novemberrevolution aufs deutlichste gezeigt hat.

Da die USPD. eine wahrhaft revolutionäre sozialistische Politik verfolgt, ist die Existenz einer weiteren angeblich revolutionären Arbeiterpartei vollkommen überflüssig und unberechtigt. Will sie erfolgreich für die revolutionäre Sache des Proletariats wirken, so kann sie keine andre Politik verfolgen als die unsrige — und eine Zeitlang schien die KPD. tatsächlich zu dieser Erkenntnis kommen zu wollen —; in diesem Fall würde aber das Verbrechen der Spaltung, das in Halle verübt wurde, zu offenbar werden. Es bleibt also dieser Partei nichts andres übrig, als sich von der revolutionären Politik der USPD. loszusagen und, um die immer ungestümmer werdende Sehnsucht der neugewonnenen Anhänger nach der Revolution zu befriedigen, die „revolutionäre Situation“, die in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen selbst augenblicklich nicht begründet ist, künstlich herbeizuführen, künstlich eine revolutionäre Atmosphäre zu erzeugen und das Proletariat zum Loschlagen im falschen Augenblick anzustacheln.

Das ist in der Tat die Taktik der KPD. seit der Spaltung gewesen. Von Tag zu Tag wurde ihr revolutionärer Zungenbeschlag kräftiger, eine unnütze Parole löste die andre ab, planmäßig steuerte sie dem Putz zu, bis sie die Gefangene ihrer eigenen Politik wurde und, ob sie es wollte oder nicht, eines Tages, und sei es auch der ungeeignetste, loschlagen mußte. Zu diesen schweren Fehlern der kommunistischen Politik, die, wie gezeigt, in ihrem Wesen begründet liegen, ist ihr überhaupt erst eine „Daseinsberechtigung“ geben, tritt aber ein noch schwererer, vor dem wir vor der Spaltung mit Recht unaufhörlich gewarnt haben: das ist die Abhängigkeit von einem außerhalb des deutschen Proletariats liegenden Faktors, der nicht nur die Bedingungen und Notwendigkeiten unseres Kampfes nicht kennt, nicht berücksichtigen kann, weil er seine Politik nach seinen eigenen Bedürfnissen einstellen muß. Daß wir die russische Revolution nicht im Stich lassen dürfen und sie gegen die internationale Reaktion verteidigen müssen, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Proletariats. Daß dies aber so weit gehen müsse, daß wir unsre innere Politik nach ihren Bedürfnissen einstellen, ist nicht nur unnötig, sondern müßte auch für uns und jene die verhängnisvollsten Folgen haben. Aber Moskau hat es verlangt, und die KPD. hat es zum Angelpunkt ihrer Politik gemacht.

Daß Moskau andre Bedürfnisse hat als das deutsche Proletariat, ja selbst als die KPD., das zeigt sich schon, als das Moskauer Exekutivkomitee trotz des Widerstandes der KPD. die KPD. als sympathisierende Partei anerkannte. Jene Partei, die zu einer Zeit, als die KPD. noch offen von der Putzpolitik abtrat, bewußt auf den Putz hinarbeitete, jene Partei, auf deren Schuldkonto viel von den traurigen Vorfällen zu setzen ist, für die selbst die KPD. die Verantwortung ablehnen zu müssen glaubt. Die Moskauer Machthaber wollten eben, daß die Revolution in Deutschland losgehe, wann es ihnen passe. Um dieses Ziel zu erreichen, mußten sie das letzte Hemmnis innerhalb der KPD. selbst beseitigen — und das waren jene Männer, die sich trotz ihrer prinzipiellen Unterwerfung unter Moskau doch noch eine gewisse Selbständigkeit des Denkens und einen Blick für die politischen Notwendigkeiten bewahrt hatten. Es ist heute nicht mehr daran zu zweifeln, daß ein inniger Zusammenhang zwischen diesem Rücktritt und dem baldigen Ausbruch des Putzes besteht. Und ebenso zweifellos besteht ein inniger Zusammenhang zwischen dem Putz von heute und der kritischen Situation Russlands vor einigen Wochen. So kam auch von außen der Anstoß zum Loschlagen, und da auch die verfehlte innere Politik der KPD. unentwegt auf dieses Ziel lossteuerte, so war die „revolutionäre Situation“ gegeben, der Tanz konnte losgehen.

So heißt wir stets für die revolutionäre Sache eintreten und die Interessen des Proletariats verteidigen, mit den Privatinteressen und Bedürfnissen der russischen und deutschen Kommunisten sollen und können wir nichts zu tun haben. wollen wir nicht eben die revolutionären Interessen des Proletariats versaten. Wir haben von Anfang an die verfehlte Politik der Kommunisten bekämpft. Wir haben warnend gezeigt, wohin sie führen müsse, und nun, da ihre Saat ausgegangen ist, sie ihre Anhänger in einen Kampf hineingetrieben haben, dessen unglücklichen Ausgang jedes Kind vorausagen konnte, können wir unmöglich unsre Kräfte und die des Proletariats für eine Sache einsetzen, die das Ergebnis einer bis zum Verbrechen verfehlten Politik ist und deren Ergebnis deshalb eine vollständige Niederlage sein muß.

Sollte es aber immer noch Arbeiter geben, die diese unsre Politik nicht verstehen, die es nicht begreifen können, daß wir den kommunistischen Arbeitern Mitteldeutschlands, die doch trotz allem unsre Brüder sind, in ihrem Kampfe nicht beistehen, die auf den Kapp-Butz hinweisen, wo wir doch teilweise mit den Waffen in der Hand zusammenstanden, um die Reaktion abzuwehren, so muß klar und deutlich gesagt werden: Heute ist die Situation glücklicherweise noch nicht so weit wie damals. Wohl wissen wir, daß die Reaktion sich offen bewaffnet, immer herausfordernder auftritt und den Tag herbeiführt, wo sie die offene Gewalt an sich reißen kann. Wenn sie diesen Tag bisher noch nicht gekommen sah,

so ist das unsrer Politik und der immer noch imponierenden Macht der Arbeiterschaft zu verdanken; wenn aber heute die höchste Gefahr besteht, daß dieser Tag anbricht, so ist gerade die Wahnsinnspolitik der Kommunisten daran schuld, die mutwillig diese Gefahr heraufbeschworen haben, deren Waffengeheiß die Waffen der Reaktion erklingen macht. Willen wir hinein in den Blätterwald der Reaktion von der Deutschen Zeitung bis zum Berliner Tageblatt: wie ein frohes Ahnen geht es durch ihn, daß die Zeiten heraufzudämmern scheinen, wo die gepanzerte Faust wieder zum Retter des Vaterlandes wird. Schon hat — gegen den Willen der preussischen Regierung, die darob anscheinend in Konflikt mit der Reichsregierung geriet — Reichswehr in den Kampf eingegriffen, ja es treten schon offen reaktionäre Ordeschuppen auf, wie die berüchtigten württembergischen Verkehrstruppen, schon werden im Kampfgebiet „außerordentliche Gerichte“ eingesetzt, deren reaktionäres Wirken aus den Rapptagen her noch in aller Erinnerung ist.

Unter diesen Umständen muß unsre Sprache ebenso deutlich nach rechts wie nach links gerichtet sein. Sollte die kommunistische Putzpolitik tatsächlich die reaktionäre Situation heraufbeschwören, dann dürfen die Drahtzieher der Reaktion darüber nicht im unklaren gelassen werden, daß die Arbeiter, die heute noch keinen Anlaß sehen, in den Kampf einzugreifen, genau so wie vor einem Jahre wie ein Mann aufstehen und die drohende Gefahr abwehren werden. Das Proletariat darf heute weniger denn je die Augen vor dieser Gefahr verschließen, es hat Gewehr bei Fuß dazustehen, um ihr gegebenenfalls entgegenzutreten zu können. Am besten aber kann ihr die Spitze abgebrochen werden, wenn der Kampf so rasch und unblutig als möglich abgebrochen wird, wozu alle politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen durch eine Vermittlung zwischen den kämpfenden Parteien beizutragen die Pflicht haben.

## Ruhe in Sachsen.

### Teilstreiks in den Bornaer und Delsniger Kohlenrevieren.

**Teilstreiks in den Bornaer- und Delsniger Kohlenrevieren.**  
Borna, 20. März. Unter dem kommunistischen Druck beginnt es jetzt auch im Bornaer Braunkohlenrevier zu gären. Heute morgen stellten auf zwei Gruben die Belegschaften die Arbeit ein. Die Landespolizei hat den Bezirk besetzt.

Delsnig, 1. März. Auf kommunistische Veranlassung hin ist am Dienstag eine große Anzahl Bergarbeiter in Delsnig im Erzgebirge in den Ausstand getreten. Auf dem Bergbau- und dem Hedwig-Schacht in Delsnig ruht die Arbeit völlig, während auf den Zechen Gotteshilfe in Lugau und Deutschland in Delsnig gearbeitet wird. Auf den andern Schächten des Kohlengebietes fehlen nur wenige Leute.

Dresden, 30. März. In der Glasfabrik der Aktiengesellschaft vorm. Siemens in Dresden ist am Dienstag ein Ausstand ausgebrochen. Etwa 600 Arbeiter sind gleich früh in den Streik getreten mit der Erklärung, in Sachsen sei der Generalstreik ausgebrochen. Ein Teil der Arbeiterschaft und die Angestellten arbeiten jedoch weiter. In Mügeln-Heidenau haben die Arbeiter am Dienstagmittag den Generalstreik beschlossen. In verschiedenen Fabriken wurde darauf die Arbeit niedergelegt. Wie weit sich der Ausstand ausbreiten wird, läßt sich erst in den nächsten Tagen übersehen, da am gestrigen sogenannten dritten Feiertage allem Fortkommen gemäß in verschiedenen Fabriken nicht gearbeitet wurde.

### Die Kommunistenverhaftungen in Dresden.

Aus Dresden wird gemeldet: Der sächsischen Regierung waren zuverlässige Mitteilungen zugegangen, daß die mitteldeutsche Ausstandsbewegung auf den Freistaat Sachsen abgesehen werden solle mit dem Ziel des Umsturzes der Verfassung. Bei einer Beratung über die letzten Vorbereitungen verhaftete die Dresdener Polizei in der Nacht zum Dienstag in verschiedenen Wohnhäusern 92 Personen, darunter 14 Frauen. Tugendwelche Zwischenfälle ereigneten sich dabei nicht. Die Putzisten wurden in aller Ruhe festgenommen und auf Kastanien zur Polizei gebracht. Es befinden sich unter ihnen die beiden Brüder Lewinsohn, die in der kommunistischen Bewegung Sachsens eine große Rolle spielen, ferner der Kommunist Heine mann, der vor zwei Jahren wegen Teilnahme an der Ermordung des Kriegsministers Keuring angeklagt, aber freigesprochen worden war, sowie der Anarchist Biederbeck. Man darf annehmen, daß mit der überraschenden Verhaftung dieser 92 Personen der geplante Putz im Entstehen verhindert worden ist. Aus dem aufgefundenen Material geht hervor, daß schwere Terrorakte geplant waren. Entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen sind getroffen worden. Das erscheint um so notwendiger, als die kommunistische Arbeiterpartei an vielen Häusern, Zäunen usw. Zettel mit der Aufforderung angeklebt hat, den „mitteldeutschen Brüdern“ zu helfen. In daselbe Horn bläst auch der Chemiker Kämpfer, das Hauptorgan der sächsischen Kommunisten. Er fordert, daß kein Transport von Truppen, von Waffen oder Munition von Sachsen nach Mitteldeutschland gelangen dürfe, daß jeder Militärzug kontrolliert und auf den Straßen nach Mitteldeutschland angehalten werden müsse. Es gelte, den mitteldeutschen Arbeitern in lätiger Solidartät beizustehen und sie vor den Schlägen der Unternehmer und ihrer Wordbanden zu schützen. Die Arbeiter werden aufgefordert, sich „bereit zur Tat“ zu halten.

1921 7 - 64

## Der Streik in Halle — Kämpfe bei Gröbers.

Berlin, 30. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Halle wird gemeldet: Auf der Strecke nach Leipzig, bei Gröbers, hat sich ein neuer Aufstand herbeigebildet. Zahlreiche geschlagene Wunden aus dem Mansfeldischen haben sich dort gezeigt und den Bahnhof zu einem Bollwerk ausgebaut. Eine Hundertschaft der Polizei, die gegen Gröbers einen Erkundungsvorstoß unternahm, geriet plötzlich in schweres Maschinen- und Gewehrfeuer und sah sich unvermehrt einer überaus großen Anzahl von Gewehren gegenüber. Ein Minenwerfer der Polizei zerprang nach dem dritten Schuß. Mehrere der beiden Offiziere, die den Zug führten, blieben noch 10 Minuten in Mannschaften im abzurückenden Maschinen- und Gewehrfeuer. Dem größten Teil der Truppen gelang es, sich unverletzt zurückzuziehen. Gegen das neue Nest des Aufstandes ist eine umfassende Bewegung eingelegt. In Halle, wo durch den Streik der Elektrikarbeiter das Elektrizitätswerk und damit die Straßenbahn stillgelegt, und wo auch die Gas- und Wasserwerke erneut vom Streik ergriffen sind, soll heute abend noch die technische Nothilfe eingeleitet werden, damit die Straßen nicht im Dunkeln liegen und die scharfen Bestimmungen des Belagerungszustandes durchgeführt werden können.

Halle, 30. März. (L.) Gestern nachmittag übertrug sich der Streik auch auf das Elektrizitätswerk. Die Straßenbahnen mußten den Betrieb einstellen. Die Lage hat durch diese Arbeitsunterbrechung eine äußerst gefährliche Zuspitzung erhalten. Es hat den Anschein, als ob viele Arbeiter aus der Umgebung nach Halle gekommen sind. In der Bevölkerung herrscht man daher blutige Zusammenstöße, wenn nicht bald eine Verrückung eintritt. Der verstärkte Belagerungszustand besteht noch.

## Die Besetzung des Leuna-Werkes.

Zu dem Sturm auf das Leuna-Werk wird noch gemeldet: Merseburg, 29. März. (M. T. B.) Dem musterhaft durchgeführten Angriff wurde zunächst heftiger Widerstand geleistet. Erst als ein das Werk umgebender hoher Breiterbaum durch die rückwärtige Gruppe des Grafen Boninski überwunden war und hinter diesem Maschinengewehr in Stellung gebracht worden waren, ließ der Widerstand der Aufständischen nach. Ein Entkommen war für die Eingeschlossenen unmöglich, da von Norden die Gruppe Merseburg, von Süden eine kombinierte Gruppe Goehrig das Werk eingeschlossen hatten, und außerdem die Brücken über die Saale durch Lastkraftwagen mit bewaffneten Mannschaften gesperrt waren. Es wurden bisher 1000 Gefangene gezählt. Die Beute an Material ist sehr groß.

Die Werkstätte beim Oberpräsidium teilt mit: Nach der Besetzung der Leunawerke hat sich die Zahl der Gefangenen auf 1200 erhöht. Viele Gewehre und Maschinengewehre, drei Lastautos und ein behelfsmäßiger Panzerwagen wurden erbeutet. Aus den übrigen Kreisen der Regierungsbezirks Merseburg liegen Meldungen vor, nach denen sich an einzelnen Stellen die Aufständischen wiederum zu kleineren Trupps zusammenschlossen.

## Die Zustände in den Leuna-Werken.

Zu unserer neulichen Korrespondenz über die Leuna-Werke, die von einem Arbeiter des Werkes selbst stammt, wird uns von anderer Seite, und zwar ebenfalls von einem Arbeiter des Werkes geschrieben:

„Der Artikel in Nr. 70 der Leipziger Volkszeitung vom 24. 3. 1921 entspricht nicht ganz der Wahrheit. Es ist folgendes daran zu berichtigten:

Die Belegschaft ist gefragt worden, sie selbst hat den Aktionsausschuß in einer Vollversammlung beauftragt, (Daß im radikalen Leuna-Werk alles befristet wird, was nur halbwegs nach Umkehr der bestehenden Zustände riecht, tut hierbei nichts zur Sache.) Vorsitzender des Aktionsausschusses ist nicht Kempin, sondern einer von der W.P.D. Belagter W.P.D.-Mann hat in einer Vollversammlung bekanntgegeben, daß Kempin keine zweifelhafte Rolle spiele, er nicht mit dem Leunawerk identisch sei, sondern ein ehrlicher revolutionärer Kämpfer sei.

Die Werksleitung wollte nicht alle Arbeiter entlassen, sondern entließ nur drei Aktionsausschußmitglieder, die aber gleich von dem Ausschuss wieder eingekerkert wurden.

Es sollte (nicht durfte) niemand das Werk verlassen; der Zwang zum Dableiben wurde erst am Donnerstag ausgeübt, allerdings nachmittags 4 Uhr wieder aufgehoben.

Von den bewaffneten 500 Mann vor dem Werk ist nichts erzählt worden. Ein Mißtrauensvotum gegen die Vertrauensleute ist nicht gefaßt, aber sehr geschimpft wurde indes darüber, daß sie sich mit am Ausgange aufstellten; aber verprügelt sind sie nicht worden. Der mißhandelte Portier hat das Auge nicht eingebüßt, es war nur sehr gefährdet.“

## Die Lage in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 29. März. Die Werkstätte beim Oberpräsidium teilt mit: Oberst v. Boninski hat den Vormarsch auf das Städtchen bis hinter Schafstädt zurückgeworfen und dabei größere Beute eingebracht. Die Geiseln aus Sangerhausen und Querfurt wurden von ihm befreit. Die nach Lauchstädt unternommene Aktion ist ebenfalls erfolgreich verlaufen. Die Lage in Erfurt ist ruhig, ebenso in Suhl und Sömmerda. Die Unabhängige Partei in Erfurt ließ gestern abend und heute vormittag noch Flugblätter verteilen, in denen vor einer Beteiligung an einem etwaigen Streik gewarnt wird. In Jülich setzte sich gestern eine kleine Bande von ungefähr 30 jungen, unreifen Leuten im Rathaus fest und unternahm Minderungsveruche. In Jöhrenwitz wird noch gestreikt; die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Streikenden sollen versucht haben, die Leitung nach Berlin zurückzuführen, was ihnen aber nicht gelang. In Heilsfeld und Mansfeld herrscht Ruhe; die Bergleute haben gekündigt, daß sie dort am Dienstag die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Von Eisleben aus sind die Orte Schönburg und Kruglütze gefährdet worden; die nähere Umgebung von Eisleben ist frei. In Wittersfeld verhielten ungefähr 50 junge Leute, von Holzweißig kommend, bei einem Besizer Pferde zu requirieren, weil ihre Autos unbrauchbar sind. Die Arbeiterchaft von Wittersfeld ist zum überwiegenden Teil gegen einen etwaigen Streik. In Gera herrscht Ruhe; doch ist die Lage gespannt. In Magdeburg herrscht vollkommene Ruhe.

Eisleben, 29. März. (M. T. B.) Im Bezirk Eisleben geht die Säuberungsaktion ordnungsmäßig weiter, wenn es auch in einzelnen Dörfern noch zu leichten Widerstand und zu Minderungen kommt. In einigen Dörfern wurde sogar die Räterepublik ausgerufen. Die Truppen des Obersten v. Boninski sind nach Gesehden südlich von Seeburg angefangen. In Eisleben ist gestern nachmittag der erste Probezug nach Durkhausen der teilweise ausgebelebten Strecke Halle—Nordhaußen eingetroffen. Der Zugverkehr ist jedoch noch nicht aufgenommen. Die Nacht verlief in und um Eisleben völlig ruhig.

Eisleben, 29. März. Nach dem Abbruch der Reichswehr hat sich hier eine Einwohnerwehr gebildet, der Stvo und Einwohner angehören und die die Ordnung in der Stadt aufrechterhält. Streifen der Einwohnerwehr vertrieben bei Kruglütze und auf der Wittenburg Wäldchen.

## Ummendorf und Querfurt von Reichswehr besetzt.

Leipzig, 29. März. In der vergangenen Nacht haben Polizei- und Reichswehrruppen den Industrieort Ummendorf bei Halle, der von bewaffneten Arbeitern besetzt war, genommen.

Querfurt, 29. März. Die Stadt ist am Montag von Reichswehr besetzt worden. Die Aufseher, die am Tage zuvor noch die Geschäfte und die Stadtkasse geplündert hatten, ergriffen die Flucht und schleppten den Wlgermeister, einen Kaufmann und einen Gutsbesitzer als Geiseln mit sich. Die Reichswehr nahm die Verfolgung sofort auf und holte die Aufseher bei Oberwisch ein. Bei dem sich entwickelnden Feuergefecht wurden die drei mitgeschleppten Geiseln verwundet. Viele Kommunisten wurden gefangen genommen. Mit den Rädelführern wurde kurzer Prozeß gemacht. (1) Der Kommunistenführer Straube wurde auf der Flucht (?) erschossen.

## Ein Anschlag auf die Eisenbahn in Erfurt.

Erfurt, 30. März. (M. T. B.) Heute nacht gegen 2 Uhr erfolgte eine schwere Detonation. Wie sich herausstellte, haben auscheinend kommunistische Elemente die Eisenbahnunterführung auf der Strecke Erfurt—Kassel zwischen der Steigerstraße und der Gustav-Preytag-Straße gesprengt. Näheres war bis zur Stunde noch nicht zu erfahren. Die Polizei teilt mit, daß sie den Tätern auf der Spur ist; es haben bereits Verhaftungen stattgefunden. Erfurt, 29. März. Die Schutzpolizei ist heute nachmittag aus dem nördlichen Stadtviertel zurückgezogen worden, nachdem im Laufe des Tages in fast allen Betrieben die Arbeit aufgenommen worden war. Die geplante Erwerbslosen demonstration hat nicht stattgefunden.

## Kämpfe in Weisenfels.

Weisenfels, 30. März. (M. T. B.) Bei den Kämpfen zwischen der Sicherheitswehr und den Kommunisten hatten die Letzten nach den bisherigen Meldungen mindestens 50 Tote und viele Verletzte, darunter 25 sehr schwer. Die Verluste der Sicherheitswehr waren verhältnismäßig gering. Die Weisenfeller Mannschaft hatte einen Toten und vier Verletzte.

## Die Streikbewegung.

Greiz i. V., 30. März. Der Kommunistenputsch in Mitteldeutschland hat sich auch hier bemerkbar gemacht, nachdem die hiesigen Kommunistenführer auf dem öffentlichen Markte zum Generalstreik und zur Bewaffnung aufgefordert hatten. Es verbreitete sich das Gerücht, Greizer Wägen sollten in die Luft gesprengt werden, wie in einem an die Polizei gerichteten Brief zu lesen war. Es stellte sich aber heraus, daß der Brief von einem Geisteskranken geschrieben wurde, der von einem Arzt stammt. Da die Arbeiterchaft sich den Kommunisten gegenüber ablehnend verhielt, ist alles ruhig geblieben.

Suhl (Thüringen), 29. März. Heute vormittag wurde hier mit überwiegender Mehrheit der Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe ruhen. Die Zeitungen können von morgen ab nicht erscheinen.

Wittenberg, 29. März. Eine aufgeregte Menschenmenge zwang die hiesigen Zeitungen, den Druckbetrieb einzustellen und sich am allgemeinen Streik zu beteiligen. Die Zeitungen konnten nicht erscheinen.

Weisenfels, 29. März. Eine Verammlung der Betriebsräte des Leuna-Weisenfeller Braunkohlenebeckens hat den von den Kommunisten geforderten Generalstreik mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen liegen die meisten Betriebe in der Stadt Weisenfels still. Das Elektrizitätswerk ist unter kommunistischem Druck stillgelegt worden.

Jena, 29. März. Die Aktion der Kommunisten ist in Jena von vornherein dadurch erschwert worden, daß die Arbeiterorganisationen sich gegen den Eintritt in den Generalstreik erklärt haben. Als heute früh ein Trupp Erwerbsloser zu den Eisenbahnauptwerkstätten zog, um dort die Einstellung der Arbeit zu erzwingen, begaben sich die Eisenbahner im Laufe des Vormittags nach dem Gewerkschaftshaus, um eine Versammlung zur Besprechung der Lage abzuhalten. Die Versammlung beschloß mit etwa 800 gegen 10 Stimmen, mittags 12 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Dagegen gelang es den Kommunisten, den Betrieb der Straßenbahn stillzulegen und die Arbeiter der Betriebswerkstätte des Elektrizitätswerkes zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen.

## Die Situation in Thüringen.

Gotha, 29. März. (Eigener Bericht der V. B.) Gestern nachmittag fanden hier Verhandlungen zwischen der thüringischen Landesregierung und dem Volksgorograt der Streikenden statt, die u. a. die Gefangenensituation aus dem Landgerichtsgefängnis und die Einstellung der Zeitungsbetriebe am 29. März zum Gegenstand hatten. Die Vertreter des Volksgorograts erklärten, daß sich die Vorgänge ohne ihr Wissen und Willen ereignet haben. Sie versprachen, daß der Ordnungsdienst der Streikenden dafür sorgen werde, daß weitere Ausschreitungen nicht vorkommen werden.

Diese Versprechungen sind nicht von großer Bedeutung, da Elemente der R. A. D. es waren, die die Menge zu den „Spontanen“ Handlungen hingerissen haben. Der Streik geht weiter. Heute vormittag erschienen Anschläge, die zur Fortführung des Streiks, Bewaffnung der Arbeiter und Besetzung der Fabriken auffordern. Da zur Besetzung der Fabriken nicht die nötigen Kräfte aufgebracht werden sind, hat man sich mit der Stellung von Streikposten begnügt. Da man auch die Kleinbauern, die im Landbund einer Organisationsorganisation, zusammengeschlossen sind, zur „Revolution“ auffordert, ist zu sehen, wie sehr in der Streikleitung politische Unklarheiten und Spitzel einträchtiglich zusammenarbeiten. Der Aufruf ist unterzeichnet: Die Aktionsausschüsse Thüringens, obwohl in ganz Thüringen keine solchen bestehen. Das beweist nur, daß die Kommunisten nicht mehr wagen, sich offiziell mit dem Träger des Streiks zu identifizieren und immer mehr mit Klagen über die tatsächlichen Verhältnisse die Streikstimmung aufrecht erhalten müssen.

Das Gothaer Gebiet ist ruhig. O h r d r u f hat einen Eintritt in den Generalstreik abgelehnt. Heute vormittag ist das frühere Truppenlager O h r d r u f mit heftiger Reichswehr besetzt worden. Eine Maßnahme, die jedenfalls mit Rücksicht auf die März kämpfe 1920 für den Fall neuer „Unruhen“ in Gotha von der Reichsregierung von langer Hand vorbereitet war und auf die Fallstimmung vom „Sturm“ auf das Gefängnis zurückzuführen ist. Damit ist der Wunsch der bürgerlichen Gebietsregierung, Militär in greifbarer Nähe zu haben, erfüllt. Die R. A. D. hat durch ihren kühnen Generalstreik dazu geholfen und sich zum Schrittmacher der Reaktion gemacht.

Die Metall- und Waffenindustrie in Zeitz-Mehlitz arbeitet in den meisten Betrieben. Eine Verammlung der Betriebsräte hat bisher über den Generalstreik nicht Beschluß gefaßt.

## Entspannung der Lage im westlichen Industriegebiet.

Düsseldorf, 29. März. Nach Darstellung des Regierungspräsidenten hat sich die Lage im ganzen Regierungsbezirk im Laufe des Vormittags entspannt. Meldungen aus den Städten des Bezirks besagen, daß heute vormittag überall Ruhe herrscht. Dort, wo es infolge von kommunistischen Schieberereien gestern zu Aktionen der Kommunisten gekommen ist, sind diese durch das Eingreifen der Schutzpolizei schnell unterdrückt worden, während in allen anderen Orten die Arbeiter der Streikparole nicht gefolgt sind. In Remscheid kreisten noch 50 Prozent der Arbeiter. Der Zugverkehr von Westdeutschland nach dem Osten ist auf der Blockstation Obervogelgang vor Hagen von den Kommunisten gesperrt worden; die Züge

werden über Hattingen geleitet. Der Zugverkehr erleidet infolge dieser Maßnahme eine erhebliche Verpätung. Der Generalplan der Aufständigen, die Stadt Eberfeld und damit das Wuppertal und das bergische Land in die Hand zu bekommen, ist gescheitert. Im Laufe des Vormittags wurden die Steindrücke in Grusler und Dornap sowie die dortigen Wälder, wo sich versprengte Kommunistenbanden herumtreiben, durch Schutzpolizei gesäubert.

Essen, 30. März. (L.) Der gestrige Tag ist ohne Zwischenfälle ruhig verlaufen. Das kommunistische Ruhrheer hatte in seiner letzten Nummer zu einer für gestern nachmittag aus dem Gerlingplatz anberaumten Demonstration aufgefordert. Als Gegenmaßnahme hatte der Polizeipräsident den Platz absperrt und an den verschiedenen Straßenzugängen Plakate anbringen lassen, durch die die Demonstranten aufgefordert wurden, von der Kundgebung Abstand zu nehmen. Gegen 4 Uhr nachmittags näherten sich von verschiedenen Seiten einzelne Abteilungen dem Gerlingplatz. Sie wurden aufgefordert, sich zurückzuziehen. In einzelnen Fällen wurde Widerstand geleistet, der erst gebrochen wurde, als die Schutzmannschaften die Selbengewehre aufpflanzten und Plakate zur Räumung des Platzes machten. Etwa 25 Personen, die den Anordnungen der Polizei nicht Folge leisteten, wurden verhaftet. Bei einbrechender Dunkelheit waren sämtliche Zugangsstraßen zu dem Platz von den Demonstranten leer.

Essen, 29. März. (M. T. B.) Das Ruhr-Heer ist von heute ab auf eine Woche verboten worden wegen einer Aufforderung zum Hochverrat und bewaffneten Widerstand gegen die öffentliche Gewalt.

Essen, 29. März. (M. T. B.) Heute nacht wurde der Ausnahmestand verkündigt. Die Lage im Bergbau ist folgende: Im östlichen Industriegebiet sind die Belegschaften fast aller Zechen vollständig eingeschlossen, nur einzelne Werke streikten, so in Hamm, Nord-Sohum, Wattenscheid und Gelsenkirchen. In Essen ist die Stimmung der Bergarbeiter ruhiger geworden, die Zahl der eingeschlossenen Knappen hat sich bedeutend erhöht. Im Duisburger Gebiet und auf der linken Rheinseite sind die Belegschaften überhaupt nicht eingeschlossen, die Arbeit ruht dort vollständig. In der Kruppischen Fabrik sind die Arbeiter heute vollständig zur Arbeit erschienen; sie wünschen ungehindert zu arbeiten und haben Vorkehrungen getroffen, Ruhestörer fernzuhalten. Das Straßenbild ist völlig normal, die Straßenbahnen verkehren wie gewöhnlich.

Duisburg, 29. März. (M. T. B.) Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat, wie der Vorstehende berichtet, an die Regierung ein Telegramm gerichtet, in dem die Eisenbahner die Regierung im Hinblick auf die Akontate, die die Kommunisten auf den Eisenbahnbetrieb verübt haben, auffordern, sofort und mit allen Kräften die Ordnung wieder herzustellen. Sollte die Regierung hierzu nicht in der Lage sein, so würden die Eisenbahner die Schaffung der Ordnung im Eisenbahnbetriebe selbst in die Hand nehmen. Vor Ausbruch des Streiks hatten die Kommunisten versucht, die Eisenbahner in vertraulichen Besprechungen zu bewegen, die Beförderung von Waifen und Schutzmannschaften zu verzögern; dies wurde jedoch abgelehnt.

Eberfeld, 29. März. (M. T. B.) Im Ruhrkohlenbergbau hat sich heute nachmittag wenig geändert. Im Halper Eisen- und Stahlwerk wurden junge Burshen, die in die Betriebe eindringen wollten, um den Streik zu organisieren, von den Arbeitern verprügelt und hinausgetrieben.

Dortmund, 29. März. Die Stadt ist ruhig, fast alle Betriebe haben die Arbeit wieder aufgenommen. Unter den gestern hier festgenommenen Kommunisten befindet sich auch der Kommunistenführer Metzger.

Rhein, 29. März. Die Arbeiter in Remscheid lehnten namentlich in den kleineren Betrieben zahlreich zur Arbeit zurück. Raum die Hälfte ist noch ausländisch.

## Kämpfe um Gevelsberg.

Barmen, 30. März. (L.) Die Stadt Gevelsberg befindet sich im Besitz der Kommunisten. Zur Entfesselung gingen gestern früh von Barmen mehrere Hundertschaften der staatlichen Polizei ab, die aber schon zwischen Langersfeld und Schwelm auf den bewaffneten Widerstand der Rotgardisten stießen. In einem sich darauf entwickelnden Feuergefecht hatten die Rotgardisten 28 Tote, während die Polizei außer einigen Leichtverwundeten keine Verluste hatte. Ueber die Entfesselung von Gevelsberg liegen bis zur Stunde noch keine Nachrichten vor. Tatsache ist, daß die Aufseher die Bahn zwischen Gevelsberg und Mißpelt gesprengt haben, so daß der Verkehr vom Wuppertal bis Hagen unterbrochen ist. — Wie die Hagenener Zeitung erzählt, wird die Gevelsberger Hauptpolizei von den Kommunisten belagert. Die Verbindungen sind vollständig unterbrochen, die Fernspreisleitungen durchschnitten, Straßenbahnwagen werden angehalten. Es soll von den Kommunisten versucht werden, die Reichsbahn zu sprengen. In den Betrieben wird gearbeitet.

Düsseldorf, 29. März. Nach Meldungen aus dem linksrheinischen Revier Wiers haben die Kommunisten dort die Zechen Diergardt und Oberheide besetzt, die Zechenleitung und die Beamten verjagt und die Belegschaft gezwungen, den Betrieb stillzulegen. Der Landrat des Kreises Wiers hat sich an die belgische Belegschaftsbehörde gewandt mit der Bitte um Einschreiten und um militärische Hilfe, um zu verhindern, daß die Zechen und die von ihnen abhängigen wirtschaftlichen Unternehmungen Schaden erleiden.

Barmen, 30. März. (L.) In Welsert ist die Räterepublik ausgerufen worden. Die Reichsbankfiliale wurde geschlossen.

## Die bayerische Gegenrevolution provoziert.

München, 30. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr rief eine Notiz an die Presse, in der Schauerwärdchen über gemeinsame Aktionspläne der W.P.D. und U.S.P.D. erzählt werden. Danach soll die Aktion durch Kummite und Brandstiftungen von U.S.P.D. und W.P.D. eingeleitet werden, die Einwohnerwehr entwaffnet und die Einwohnerwehrlieferer durch besondere Anordnungen erledigt werden. Die Meldung ist von Unklarheiten über die Absichten und kann nur in provokatorischer Absicht in die Presse lanciert worden sein. Das gleiche gilt von der Münchener Pressemeldung, daß hier Werbungen für die Rote Arme vorgenommen werden.

Der Verkehr der Berliner Rote Fahne wurde in München verboten.

Die Münchener Orgelpresse versichert entgegen allen Berliner Demotia, daß mehrere bayerische Reichswehrrataillone bereits nach Mitteldeutschland abtransportiert wurden. Sie sollen dort bereitgehalten werden, um im Falle einer Verschärfung der Situation eingesetzt zu werden.

## Die Lage in München.

München, 30. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Durch das Verbot der kommunistischen Neuen Zeitung für die Dauer des Belagerungszustandes und mit der Verhaftung von drei Kommunisten hat die Münchener Polizei erreicht, was sie wollte: sie provozieren damit eine Gegenaktion der Kommunisten, die gestern in München ein Flugblatt verbreiteten, in dem unter Bezugnahme auf das Zeitungsverbot und die Verhaftungen die sofortige Wahl von Aktionsausschüssen verlangt wird. Das Flugblatt fordert weiter zur Verhinderung von Truppen- und Munitionstransporten und zum Handeln über die Köpfe der Führer hinweg auf.

In der Maschinenfabrik Maffei verlangten gestern die Kommunisten vom Betriebsrat die sofortige Proklamierung des Ge-

herabzuziehen. Der Betriebsrat lehnte jedoch jede Einzelaktion ab und verwies die Kommunisten an das Gewerkschaftsstatut und an den Aktionsausschuss der Betriebsräte.

### Stellungnahme der Gewerkschaften.

Das Münchner Gewerkschaftsstatut, der Zentralrat der Betriebsräte, der Arbeitsausschuss der IFA, wie die Vorstehenden der angeschlossenen Organisationen haben gestern abend zur Lage Stellung genommen und mit allen gegen drei kommunistische Stimmen beschlossen, sich grundsätzlich auf den Boden des Kurses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der IFA vom 20. März 1921 zu stellen. Die Münchner Arbeiterchaft wird aufgeföhrt, nur den Anweisungen der Gewerkschaften zu folgen. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß die kommunistische Aktion in München als gescheitert zu betrachten ist. In allen Betrieben wird gearbeitet, München ist völlig ruhig.

### Die außerordentlichen Gerichte treten wieder in Tätigkeit.

Berlin, 20. März. Zur Aburteilung der mit der Aufrührerbewegung zusammenhängenden zahlreichen Straftaten sind durch Verordnung des Reichspräsidenten außerordentliche Gerichte eingesetzt worden, die die beschleunigte Aburteilung der in großer Zahl verhafteten Personen an Stelle der stark belasteten ordentlichen Gerichte, die mit drei zivilen Berufsrichtern besetzt sind und bestimmte schwere Straftaten (Hochverrat, Aufrührer, Sprengstoffvergehen, Gewalttaten usw.) nach einem in dieser Verordnung im einzelnen geregelten vereinfachten strafprozessualen Verfahren aburteilen, sind durch den Reichsjustizminister sofort berufen worden und werden in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit beginnen.

### Höring befehlt.

Magdeburg, 20. März. Oberpräsident Höring erläßt für die Regierungsbezirke Magdeburg und Erfurt eine Verordnung, die alle Versammlungen unter freiem Himmel, Zusammenrottungen und Umzüge verbietet. Alle in Räumen tagenden Versammlungen sind mindestens drei Stunden vorher der Polizeiverwaltung zu melden. — Höring „befiehlt“ ferner in einem Aufruf den Bauern, die keine feste Wohnung und keinen dauernden Erwerb in der Provinz Sachsen haben, diese sofort zu verlassen.

### Ankündigung des Kommunismusaufstandes auf dem Moskauer Kongress.

O. E. Niga, 20. März. In seiner in deutscher Sprache gehaltenen Begrüßungsrede auf dem 10. Kommunistschen Parteikongress in Moskau hat der Delegierte des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands, Kurt Geyer, u. a. erklärt, daß die gegenwärtig etwa eine halbe Million zählende kommunistische Arbeiterschaft Deutschlands an die Diktatur des Proletariats nicht mehr wie an ein ferres Ziel denke, sondern als an die nächste aktuelle Aufgabe der Partei. Geyer wies darauf hin, daß die Bedeutung der deutschen kommunistischen Partei darauf beruhe, daß sie sich in dieser Frage mit dem russischen Proletariat solidarisch fühle. Der Augenblick werde bald eintreten, wo die deutschen Arbeiter für das, was sie von den russischen Genossen empfangen hätten, sich nicht nur mit Resolutionen, sondern durch revolutionäre Handlungen Seite an Seite mit dem russischen Volke revanchieren würden. Die innere Lage Deutschlands spiege sich immer mehr zu und der Augenblick des entscheidenden Zusammenstoßes stehe nahe bevor.

### Die bayrische Entwaffnungskomödie.

Die Münchner-Augsburger Abendzeitung meldet, daß der Reichsentwaffnungskommissar Peters in den nächsten Tagen nach München komme, um mit der bayrischen Regierung über die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes zu beraten. Reichsminister des Innern Koch bestche darauf, daß ungeachtet des kommunistischen Aufstandes in Mitteldeutschland die bayrische Einwohnerwehr entwaffnet werde.

Nach allem, was bisher in der Entwaffnungsfrage geschehen ist, kann man bei der neuen Aktion auch auf nichts anderes als auf eine Komödie, auf eine Scheinaktion gefaßt sein.

München, 20. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Auf dem Parteitag der deutschnationalen Volkspartei in Bayern, der gestern in Nürnberg seinen Anfang nahm, sprach der Landtagsabgeordnete Hilpert zur Entwaffnungsfrage. Niemand habe das Recht, einem andern moralischen Selbstmord vorzuschreiben. Heute gilt auch nicht das Papier von Weimar oder Berlin, heute gilt das Notrecht des Volkes. Dieses Recht äußere sich nicht in Paragraphen, sondern in Taten, und eine Tat ist es, wenn wir erklären: Die bayrischen Einwohnerwehren werden nicht aufgelöst. In einer einstimmig gefaßten Entschickung wird dem bayrischen Ministerpräsidenten v. Kahr der Dank des Parteitages für seine Haltung in der Entwaffnungsfrage zum Ausdruck gebracht, der Parteitag steht in der Einwohnerwehr eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für die Sicherheit Bayerns und auch des deutschen Reiches. Das werde gerade durch den neuen Ausbruch des kommunistischen Wahnsinns in der überzeugendsten Weise bestätigt.

### Erzönig Karl in Budapest.

Wien, 20. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Erzönig Karl ist am Samstag unerwartet in Budapest eingetroffen. Er behauptete dort, die französische Regierung habe den Widerstand gegen seine Rückkehr aufgegeben. Der französische Gesandte Fouche gab im Namen der Alliierten eine Erklärung ab, die dies bekräftigt. Horthy, Andrássy und Graf Bethlen wollten Karl zur Rückkehr nach Brannau bewegen. Er willigte zum Schein ein, fuhr aber nach Weiskirchen nach Steinamanger, wo er sich jetzt in Bischofsparal aufhält. Seine Rückkehr war vorbereitet durch den Legationsführer Beniczky, der als Minister des Innern im Kabinett Friedrichs Karl einfallen sollte, auf Caspar Kovacs lautenden ungarischen Paß gegeben hatte. Szencsanyi, der Präsident erwachsen der Ungarn, und General Putay sollen verhaftet sein. In Budapest wurde Karls Aufenthalt geheimgehalten. Horthy soll dem Erzönig unerschrocken entgegengetreten sein. Die besonnenen Legationisten hatten den Zeitpunkt für schlecht gewählt. Erzönig Karl weigert sich, das Land zu verlassen. Es sind sehr ernste Verhandlungen möglich, denn die Masse der Terroristen ist in der Hand der legitimistischen Landesoffiziere vereinigt. Die antihabsburgisch gestimmte Bauernschaft ist republikanisch. Es treten Informationen aus Budapest ein, daß ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen Habsburgerpartei und Antihabsburger bevorsteht. Die österreichische Regierung ergriff Maßnahmen gegen die Ubergreifen der Bewegung nach Oesterreich. Steinamanger liegt nur eine Stunde von der österreichischen Grenze entfernt. Die Situation ist dramatisch, wenn Karl nicht gezwungen wird, das Land zu verlassen.

Berlin, 20. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Eine telegraphische Meldung aus Budapest lautet: Erzönig Karl ist am Sonntag in Budapest eingetroffen. Die Ueberraschung für den Reichsverweser Horthy war groß. Er hat es für seine politische Pflicht erachtet, unter Hinweis auf die Gefahren, denen Ungarn durch jede Art habsburgischer Staatsstreich ausgesetzt würde, den Erzönig zu veranlassen, Budapest wieder zu verlassen. Erzönig Karl begab sich vorläufig nach Steinamanger. Ministerpräsident Graf Teleki steht im Verdacht, von der Ankunft Karls gewußt zu haben. Nachdem der Reichsverweser Horthy die Verantwortung auf sich nahm, den König abzuweisen und seine Abreise zu erzwingen, ist Telekis Stellung für erschüttert. Die Bauernabgeordneten hielten heute eine Versammlung ab, in der sie dem Ministerpräsidenten, dem Ernährungsminister Nagy und dem Minister des Innern Tomcsanyi, die an dem Ereignis vom Sonntag lebhaften Anteil genommen haben, eine offene Absage erteilten. Die Bauernabgeordneten erklären, unter keinen Umständen mit Teleki und seinen Gesinnungsgenossen zusammenarbeiten zu wollen. Im übrigen herrscht in Budapest vollste Ordnung. Reichsverweser Horthy ist vollkommen Herr der Lage.

### Die deutsche Regierung über die Undurchführbarkeit der 12-Milliarden-Forderung.

Berlin, 20. März. Von der deutschen Kriegslastenkommission in Paris ist heute der Reparationskommission eine Note übergeben worden, in der sie dagegen Einspruch erhebt, daß die Zahlung einer Restsumme von 12 Milliarden Goldmark von ihr gefordert wird, bevor auf Grund weiterer Erörterungen festgestellt worden ist, ob und inwieweit die deutsche Regierung noch Verpflichtungen aus Artikel 235 zu erfüllen hat.

Es heißt weiter in der Note: Die Note der Reparationskommission vom 16. d. M. fordert die Zahlung von 12 Milliarden Goldmark innerhalb einer Frist von rund sechs Wochen, davon die Abschlagszahlung von einer Milliarde Goldmark innerhalb einer Frist von nur einer Woche. Die Ausbringung derartiger Summen ist für die deutsche Regierung — ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Beschaffung solch enormer Beträge für ein durch den Krieg aufs äußerste erschöpftes Land überhaupt eine kaum lösbare Aufgabe darstellt — schon wegen der Kürze der Fristen unmöglich. Selbst wenn ein Teil dieser Mittel im Wege einer auswärtigen Anleihe flüssig zu machen sein sollte, was bei der inzmischen eingetretenen weiteren wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands infolge der von den Alliierten im Verlaufe der Londoner Konferenz getroffenen Maßnahmen bezweifelt werden muß, so wäre es doch schon rein technisch ausgeschlossen innerhalb der geforderten Frist auch nur die Vorbereitungen für die Durchführung einer solchen Anleihe zu treffen, geschweige denn die Anleihe aufzugeben und die aus der Anleihe eintommenden Mittel an die Reparationskommission abzuliefern.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages hat die Reparationskommission bei den Deutschen aufzuklärende Entschickungen auf die deutsche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rücksicht zu nehmen. Sie ist der Ansicht, daß von diesen Bestimmungen um so mehr Gebrauch gemacht werden wird, als in dem vorliegenden Falle die Unmöglichkeit der Leistung bis zum 1. Mai 1921 klar zutage liegt. Sie stellt daher den Antrag, einen etwaigen Fehlbetrag, der sich nach eingehender Prüfung der von ihr bereits ausgeführten Lieferungen und Leistungen ergeben sollte, gemäß den genannten Vorschriften zu behandeln.

Um die Frage der Erfüllung der Verbindlichkeiten aus Artikel 235 baldmöglichst abschließen zu können, schlägt die deutsche Regierung vor, daß umgehend mündliche Verhandlungen zwischen der Reparationskommission und der Kriegslastenkommission über die Bewertung der bisherigen Lieferungen und Leistungen aufgenommen werden. Sollte sich in Ansehung des Artikels 235 ein Fehlbetrag ergeben, so wäre die deutsche Regierung ferner bereit, in Verhandlungen bezüglich der Aufhebung einer auswärtigen Anleihe einzutreten. Sie ist jedoch der Ansicht, daß eine solche Anleihe nicht lediglich vom Standpunkt der Erfüllung des Artikels 235, sondern nur im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem erörtert werden könne.

### Schwere Drohungen Briands. Wegnahme des Goldbestandes der Reichsbank, Verlängerung der Belegung.

Die Vereinigten Senatsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und der Finanzen hielten eine gemeinsame Sitzung ab, um den Ministerpräsidenten über das Londoner Abkommen und die allgemeine äußere Lage zu hören. Briand wurde um eine Aeußerung über die 20 Milliarden Goldmark ersucht, die vor dem 1. Mai zu zahlen seien und wozu noch 12 Milliarden von den Alliierten zu erheben seien, namentlich aber über die ein Milliarde Goldmark, die gestern fällig war. Briand antwortete, daß von den Alliierten alle Maßnahmen getroffen würden, um 18 Anhang II dieses Vertrages zur Anwendung zu bringen. Seine Antwort lautete weiter dahin, daß die Frist für die Belegung der deutschen Gebiete erst dann zu laufen beginne, wenn Frankreich Genugtuung erhalten hätte. In Beantwortung der Frage, wie die Schuld von 12 Milliarden Goldmark flüssig zu machen sei, bemerkte Briand, daß Deutschland auf der Reichsbank einen Goldbestand von 1 800 000 000 Mark in Gold habe, daß übrigens die Möglichkeit einer Anleihe gar nicht ins Auge zu fassen sei.

### Verhandlungen über die Entschickungssummen.

Paris, 20. März. Ueber die Verhandlungen, die augenblicklich zwischen den deutschen Delegierten und der Reparationskommission über die von Deutschland verlangte Rückzahlung der Pensionen und Entschickungen geführt werden, wird amtlich mitgeteilt: Am 22. März haben die amtlichen Verhandlungen Deutschlands mit der Reparationskommission über die von verschiedenen verbündeten Mächten vorgelegten Reparationsforderungen begonnen. Die erste Verhandlung bezog sich auf die von Deutschland zu fordernden Entschickungen für Pensionen oder Schadloshaltungen gleicher Art für die militärischen Kriegsoffer. Diese Art von Schäden ist durch Absatz 5 des Anhangs I zum Abschnitt 8 des Versailles Vertrags vorgelesen: Entschickung kann von Deutschland verlangt werden für die Gesamtheit von Schäden der nachstehend angeführten Arten von Schäden als Schaden, der den Vätern der alliierten und assoziierten Mächte zugefügt ist: Alle Pensionen und gleichartigen Vergütungen an die militärischen Opfer des Krieges (Landwehr, Marine, Luftstreitkräfte), Verwundete, Vermundete, Kranke oder Invaliden und an Personen, deren Ernährer diese Opfer waren. Als Betrag dieser den alliierten und assoziierten Regierungen geschuldeten Summen kommt für jede dieser Regierungen der kapitalistische Wert der bezüglichen Pensionen und Vergütungen in Anschlag. Bei der Annahme auf Kapitalwert werden der Zeitpunkt des Inkrafttretens des obenwärtigen Vertrags und die in Frankreich zu diesem Zeitpunkt geltenden Tarife zugrunde gelegt. — Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß die Schadloshaltung nur dann von solcher Art wie die Pension sein könne, wenn sie in der Form einer in regelmäßigen Zeitabständen wiederkehrenden Geldzahlung er scheint. Insbesondere ist Deutschland der Ansicht, daß die verbündeten Mächte in ihre Pensionen nicht die gelegentlichen Kosten von Feldverfahren und chirurgischen Operationen für militärische Kriegsoffer, die auf Pensionen Anspruch haben, sowie die Kosten des „Office national“ für die Kriegesbeschickigten und Dienstuntauglichen und für die Unterhaltung der Kriegswaisen und anderer aufnehmen können. Deutschland stützt sich auf Artikel 232 Absatz 2 des Versailles Vertrags, wonach von Deutschland die Wiederentmachung der in Anhang I aufgeführten, demgemäß also der in Absatz 5 erwähnten Anhangs angegebenen Schäden

verlangt wird, und behauptet, daß kein verbündetes Land außer Frankreich irgendwelchen Betrag für Pensionen oder Schadloshaltungen gleicher Art verlangen könne, die nicht gleichzeitig im französischen und im Geleß des betreffenden Landes vorgelesen sind. Bezüglich der Pensionen und Schadloshaltungen gleicher Art, die gleichzeitig beiderseits durch Geleß vorgelesen sind, ist Deutschland der Ansicht, daß die in Frankreich gültigen Tarife anzuwenden sind, und zwar in allen Fällen, also ebenlogut, wenn der französische Tarif höher als wenn er niedriger ist als der des betreffenden Landes, so daß die Bestimmung in Absatz 5 des Anhangs I ebenso zum Nachteil wie zum Vorteil Deutschlands gilt. Die Reparationskommission wird alle von der deutschen Regierung unterbreiteten Bemerkungen prüfen und in kurzer Frist in der Pensionsfrage die Entschickung treffen.

### England und die finnländische Entschickung für Deutschland.

O. E. Kopenhagen, 24. März. (Drahtbericht.) Im englischen Unterhaus ist eine schriftliche Anfrage eingebracht worden, in welcher die Regierung nach ihrer Stellungnahme zu dem Beschluß des finnländischen Landtags befragt wird, einen Betrag von 80 Millionen finnischer Mark an Deutschland auszusahlen als Entschickung für die militärische Expedition von 1918 unter General von der Goltz. Es wird die Frage an die Regierung gerichtet, ob der Betrag nicht für die Zwecke der Wiedergutmachung nutzbar gemacht werden könne.

### Um Oberschlesien.

#### Erklärung in Warschau.

Der Ost-Express berichtet aus Warschau: Das Bekanntwerden der tatsächlichen Ergebnisse des Plebiszits in Oberschlesien, namentlich des Gesamtergebnisses, hat in der polnischen Öffentlichkeit eine Neueinstellung gegenüber der Lösung der obereschlesischen Frage gezeigt. Es ist jetzt durchweg nicht mehr von Oberschlesien als Ganzes, sondern nur noch von obereschlesischen Industriebezirk die Rede. Den westlichen Teil Oberschlesiens gibt man ohne weiteres verloren. Aber auch die polnischen Ansprüche im Kohlen- und Industriebezirk werden lediglich auf die Zahl der Gemeinden mit polnischer Stimmenmehrheit gestützt, während die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen gesamtlich außer Acht gelassen wird. Auf das gesamte Industriegebiet werden immerhin in der ersten Reihe kaum Ansprüche erhoben. Der der Regierung nachstehende Kurier Wolff betont, daß sich die deutschen und polnischen Entschickungen schiedsrichterlich über das gesamte Industriegebiet vorzulegen; der Schiedsrichter müsse daher die Grenzführung nach polnischen Gesichtspunkten vornehmen. Groß ist in Polen die Entschickung über die Haltung der polnischen Arbeiterschaft Oberschlesiens angehängt der deutschen Stimmenmehrheit in allen Industriezentren. Die polnische Sozialistische Partei hat dadurch einen erneuten harten Schlag erhalten. Nach dem Ausdruck eines bekannten Politikers haben eigentlich nur die polnischen Landbesitzer die Sache Polens in Oberschlesien erfolgreich unterstützt. Es kann festgestellt werden, daß mit dem Aufruf Korotkys, der Kurzerhand, der Entwicklung der Dinge vorzuziehen, die polnische Grenze in Oberschlesien festsetzt, sich keineswegs sämtliche verantwortlichen und maßgebenden Personen und Gruppen Warschauer Identifizieren.

### Belagerungszustand und Beruhigung in den polnischen Kreisen.

Kattowitz, 20. März. Infolge des über die Kreise Kattowitz, Beuthen, Pösch und Ragnit und die Stadt Ruzhica hüllte verhängten Belagerungszustandes ist ansehend eine gewisse Beruhigung eingetreten. Gelegentlich laufen noch Meldungen über Gewalttaten ein, deren Opfer zum Teil deutsche Beamte und Arbeiter sind.

Beuthen, 20. März. Der Belagerungszustand in Oberschlesien ist auf die Kreise Ruzhica (Stadt und Land) und Ragnit (Stadt und Land) ausgedehnt worden. Das Ragniter und Weller Gebiet ist dem italienischen Obersten Salozoni unterstellt worden. Für Ragnit und Weller ist ein außerordentliches Gericht mit dem Sitz in Ragnit unter dem Vorsitz eines englischen Kapitäns gebildet worden.

### Wann fällt die Entscheidung?

Paris, 27. März. Wie Paris feststellt, wird die Entscheidung über Oberschlesien nicht vor Ende April getroffen werden können. Zuerst werde die Interalliierte Kommission in Oberschlesien Vorschläge über die Grenzen machen, in zweiter Linie werde alsdann die Postkonferenz darüber beraten und, wenn nötig, werde der Oberste Rat an den Schiedsrichter der Reparationen appellieren.

### Die Reichsregierung bereitet schon das Autonomiegesetz vor.

Berlin, 20. März. (L. B.) In der sicheren Erwartung, daß Oberschlesien nach der Abklärung ungeteilt beim Deutschen Reich verbleibe, hat das Reichskabinett den Minister des Autonomiegesetzes in Angriff zu nehmen.

### Schwere Kämpfe.

Ragnit, 20. März. Aus dem Kreise gehen stündlich Nachrichten über eine Verschlimmerung der Lage ein. Die Zahl derer, die in der Kreisstadt Zuflucht suchen, wächst stündlich. Maschinengewehrfeuer und Gewehrschüsse, in die sich Granatendetonationen mischten, ließen gegen 10 Uhr in Ragnit ein. In Smoleng waren Italiener mit Infanterien zusammengekommen die sie nach kurzem Feuergefecht zerstreuten. Ein Kampf entwickelte sich auch in der Nähe des alten Bahnhofs an der alten Eisenbahnstraße Barusowitsch — Gersfeld. Auf der einen Seite kämpften einige Avo-Beamtete und Deutsche, auf der anderen Seite polnische Soldaten der Polen. fünf Maschinengewehre, teilweise auf Dachern aufgestellt, griffen in den Kampf ein. Zum Schutze gegen das Maschinengewehrfeuer waren Schützengräben ausgehoben worden. Der Kampf wütete bis in die Morgenstunden. Auf beiden Seiten gab es Tote und Vermundete.

### Beitritt der englischen I. O. P. zur internationalen Arbeitgemeinschaft.

London, 20. März. Nach einer Neuermeldung aus Southampton hat der Kongress der unabhängigen Arbeiterpartei dem Beitritt der Vollzugsausschusses zugestimmt, der den Beitritt zur sozialistischen Internationale von Lenin empfiehlt, aber unter der Bedingung, daß die Partei völlige Freiheit bei der Fortführung einer nationalen Politik behält.

### Englisch-amerikanische Verhandlungen über die Abrüstung?

London, 20. März. Daily News meldet, daß zwischen Amerika und England augenblicklich eine Erörterung über die Abrüstungsfrage stattfindet. Die Vereinigten Staaten seien damit nicht formell an England herangetreten. England habe die Frage der giftigen Gase und Hochexplosivstoffe aufgeworfen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fiehn in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inzeratenteil: Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.  
Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

**Haut- röte**  
sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blüthen, Milieum, Pimpeln, Pickeln, Pusteln usw. verbessern lassen durch tägliche Gebrauch der echten **Seifenpulver-Feinstmehl-Seife** von Bergmann & Co., Radobou, e. U. überall zu haben.  
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

# Felsenkeller.

Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr.  
Der konkurrenzlose Stimmungsbetrieb  
**Das große Treffen**  
der eleganten Tanzwelt.  
**Eine Tanznacht schöner Frauen.**  
Künstlerische Darbietungen.  
**Ballmusik** Die große Attraktion:  
Leipzigs bester Ball-Orchester.  
Der Saal ein blühender Garten.

# Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Bitterle), I. Etage, Zimmer 3-6, Tel. 15700.  
Zahlstelle Leipzig.  
Bureauzeiten: Vorm. 9-11, nachm. 5-7, 7-11 Uhr, Sonnab. nur v. 9-11 Uhr.

# Zement- und Kunststein-Arbeiter

Freitag, den 1. April, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Bode  
**Branchen-Verammlung**  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Tarifamtsführung. 2. Verschiedenes.  
Die Sektionsleitung.

# U.S.P.D. Gross-Leipzig

Alt-Leipzig, Bezirk Norden, Freitag, den 1. April, abends 7 1/2 Uhr. **Versammlung** im Restaurant Wüsterberg, Bismarckstr. 45, Ecke Uferstr. 1. Vortrag des Genossen **Krahnor** über: Die politische Lage. Diskussion hierüber. 2. Neuwahlen. (\*) Der Bezirksvorsitzende.  
Sonabend, den 2. April, abends 7 1/2 Uhr. **Zwenkau. Generalversammlung** im Hotel Tagesordnung: 1. Berichte des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Notwendigkeit und bitte darum Der Vorstand.

## Familien-Nachrichten

### Hochzeitsteler.

Allen edlen Spendern von Sommerfeld, Engelsdorf und Leipzig sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.  
**Ernst Zimmermann und Frau, Sommerfeld.**

Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, des Herrn **Richard Kade**, spreche ich hiermit meinen herzlichsten, tiefempfundenen Dank aus.  
**Anna Kade geb. Koch**  
und alle Hinterbliebenen.

**Dankagung.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau **Lina Moravek geb. Heunemann** sage ich hierdurch allen Beteiligten meinen tiefgefühltesten Dank.  
L. Stöttgen, den 29. März 1921.  
**Ignaz Moravok** im Namen aller Hinterbliebenen.

Statt Karten! Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin u. Tante **Ida Köppe geb. Preisler** sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Dr. Rippenberger und dem Frauenverein der Freireligiösen Gemeinde sowie den lieben Hausbewohnern.  
L. Kleinschöher, den 29. März 1921.  
Der trauernde Gatte **Artur Köppe** und Sohn Kurt.

Gestern morgen 1/8 Uhr verschied nach langem, mit unendlicher Geduld ertragenem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn u. Bruder **Johannes Bertheau** im 51. Lebensjahre.  
L. Anger, den 30. März 1921  
Karl-Krause-Strasse 52.  
In tiefem Weh zeigen dies nur hierdurch an **Marie Bertheau und Kinder**, zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Freitag, vorm. 11 Uhr, von der Kapelle des Trinitatisfriedhofes aus statt.

Nach kurzem schwerem Leiden starb am 29. März unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Emilie Wittig geb. Kroebel** im Alter von 75 Jahren.  
L. Thonberg, Walastraße 24.  
**Robert Krause und Martha geb. Wittig** im Namen aller Hinterbliebenen.  
Einäschung Freitag, den 1. April, vorm. 11 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus.  
Blumenpenden werden dankend abgelehnt.

Am 2. Oftertag verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr Lagerhalter **Ernst Schulze** im Alter von 57 Jahren.  
Dies zeigt hierdurch tiefbetrübt an **Frau Hilma Schulze nebst Kindern**.  
Die Einäschung findet Donnerstag, 31. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Nach langem schwerem Leiden verschied am 2. Feiertag unser lieber Kollege, der Lagerhalter **Ernst Schulze**.  
Sein Andenken werden in Ehren halten  
**Die Mitglieder des Verbandes der Angestellten.**

Am zweiten Ofterfeiertag verschied nach langem schwerem Leiden unser ehemaliger Chef, der Lagerhalter **Herr Ernst Schulze**.  
Er war uns ein allseitig gerechter Vorgesetzter. Der Lagerhalter und die Verkäuferinnen des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz, Filiale Schönfeld 1.

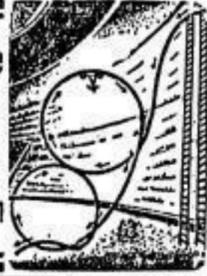
Montag, den 28. März, verschied nach längerer Krankheit unser früherer Lagerhalter, Herr **Ernst Schulze**.  
Der Verstorbenen trat im Jahre 1900 in die Genossenschaft ein. Während seiner langjährigen Tätigkeit hat er stets das Interesse des Vereins im Auge gehabt und das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen gewußt. Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.  
L. Plagwitz, den 30. März 1921.  
**Die Gesamterwaltung und das Personal des Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz u. Umg.**  
E. G. m. b. H.

Gestern morgen verstarb im Krankenhaus St. Jakob meine liebe Frau, die gute Mutter meines Sohnes, **Frau Margarete Bock geb. Scheuermann**.  
Tiefbetrübt zeigt dies an **Albert Bock**.  
Einäschung Freitag 2 Uhr auf dem Südfriedhof. Kranzpenden werden dankend abgelehnt.

# Varieté-Lichtspiele Apollotheater

Bayersche Straße 8-10  
**Der große Eröffnungs-Erfolg**  
Nur noch bis 31. März 1921

Die neueste amerikan. Varieté-Sensation  
Der schwarze Tod in seiner Doppelschleifenfahrt



Gastspiel  
**Hofballmeister Georges Blanvalet und Gertrud Gründig**  
In ihren neuesten Tanz-Schöplungen.

Erstes Auftreten in Deutschland  
**JENNINGS BRAY**  
Der rätselhafte Fremde

sowie **Der große Filmschlagor**  
**Eine Frau mit Vergangenheit**  
Ein Gesellschaftsdrama in 5 Akten mit **Gertrud Wolker**.  
Von der gesamten Presse als höchst künstlerisch beurteilt.

Täglich 2 geschlossene Vorstellungen!  
Anfang nachmittags 5 und abends 8 Uhr.

Voranzeige! Ab 1. April:  
**Der neue Varieté-Spielplan!**  
u. a. der mimische Tanz-Sketch..... **Klostersünden**  
Gastspiel **Cherokee-Chief-Indianerhäuptling** sowie Erstaufführ. d. neuesten Karl Wilhelm-Films **Der Liebling der Frauen**  
z. Zt. in Berlin „Täglich ausverkauft“ heißt die Parole bei Aufführung „Der Liebling der Frauen“  
Vorverkauf: Tageskasse täglich 10-2 Uhr, ab 1/2 5 Uhr und Warenhaus Th. Althoff.

**HAMLET**  
?   
ASTA NIELSEN

# Die Schule beginnt

Als ganz besonders preiswert empfehlen wir:  
Schulranzen Knab. u. Mädch. von 2 an 2.90  
Frühstückstaschen in Lederriemen 8.50 4.25  
Schiefertafeln in Hartholz 5.25 4.75  
Schiefertafeln Hartholz, poliert 9.50  
Federkästen gr. Ausw. 3.50 2.50 1.25  
Schleiferstifte Dutzend 30  
Schulbleistifte 45 35 15  
Federhalter 45 20  
Radlergummi 50 25 15  
Schulschreibhefte für alle Klass. 1.00  
Oktavhefte illustert. 45  
Aufgabenhefte 25  
Zeichenblocks 4.75 3.25  
Schüler-Etuis 1.05 1.45 95  
Zirkelkästen 2.65  
Lineale in allen Grössen von 45 an  
Buntstifte 95 60  
Tafelschwämme 60 40 20  
und alle übrigen Schulartikel.

## Gedruckte Lehrbücher für alle Volksschulklassen vorrätig.

Blaue Knaben-Mützen Filz- und Prinz-Heinrich-Form 18.50 13.50  
Schüler-Mützen 24.50  
Schul-Schürzen in allen Grössen, Matrosen-Kragen, Kieker Knoten sehr preiswert  
Schul-Strümpfe starke Qualität Grösse 5 6 7 8 9 Paar 6.25 7.00 7.75 8.50 9.25

Ein Posten **Schüler-Mappen u. Akten-Mappen** sehr preiswert  
**Schul-Mappen und Musik-Mappen** in reicher Auswahl

Schulkleider von Größe 70 an 65.00 55.00 48.00  
Knabenblusen aus Baumwoll-Flanell 45.00 42.00 36.00  
Mädchenhüte Matrosenform 8.50 7.50 6.50

# Oster-Tüten

In allen Grössen und Preislagen.  
Tafel-Schokolade, Biskuit, Nuß, Milch, Creme 100-g-Tafel 4.20  
Bonbons-Kokoslocken etc. 1/4 Pfund 3.50 3.20 3.00  
Schokoladen-Reks 1/2 Pfund 5.00 1/2 Pfund 9.90  
Vanille- und Alberi-Reks 1/2 Pfund 3.00 1/2 Pfund 7.75  
Pfeffernüsse 1/2 Pfund 3.75 1/2 Pfund 7.25  
Pfefferkuchenbruch 1/2 Pfund 2.90 1/2 Pfund 5.50  
Große Pflastersteine mit Zuckerglasur Stück 80  
Mürbegebäck in Paketen 1.35

Kakao garantiert rein Pfund 14.50  
Aptelsinen 75 95 1.25 1.50



## Aquarien

Terrarien, Tiere, Pflanzen, Holz- und Durchlichtungs-App., Fontänen etc.  
A. Glascher, Leipzig Tausch, Str. 26.  
Listen frei. Katalog - Broschüre 500 Abb. 3.- frko. Exkurs. Exzort.

## Fensterglas und Spiegelglas a. Art zu billigsten Tagespreisen Einzel- u. Großverkauf\*

## Sicherste Wirkung bei Wurmkrankheit

verfügt Apotheker Storbuchs **ASCAMORIN-Tabletten**  
Anrühlich empfohlen für Kinder und Erwachsene.  
In allen Apotheken zu haben.

## Ohne Geld nur durch monatlich. Miete gelangen Sie in d. Besitz v.

**Beleuchtungs-Körper**  
Gaskocher, -Herde usw.  
Leipziger Beleuchtungs-Zentrale  
Nikolaistraße 25, 1\*

## Haut-, Geschlechts- u. Harnleid., vort. neen. Schwäche

behand. **Dr. med. Derl.** nicht approbiert. Mittl. naturwiss. Gelehrsch. Leipzig, Kurortstr. 5.  
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr, 1\*

# Königs-Pavillon Promenadenstr. 8

Ab Freitag, 1. April, in beiden Lichtspiel-Häusern:  
**Fern Andra** in „Die treibende Kraft“  
Drama in 6 Akten.

Nur noch 2 Tage!  
**Asta Nielsen** in **Irrende Seelen** 6 Akte  
**Sklaven der Sinne** Ferner: **Das Telephonkätzchen** 3 Akte  
Nur noch 2 Tage!  
Der **Ullstein-Roman** im Film:  
**Susanne Stranzky** 5 Akte Ferner: **Ein nettes Früchtchen** 5 Akte  
3 Akte

In jedem Theater künstlerische Konzert-Einlagen

## Saatkartoffeln

für tiefen Boden geeignet, frühe, späte und mittlere Sorten zu soliden Preisen. Gleichzeitig bringe Speisekartoffeln in empfehlender Erinnerung.  
**Max Robert Dachselt, L.-Neusch., Neust. Str. 6/8**

## Patentanwaltbüro Sack

Leipzig, Brühl 2.

## Kasino-Lichtspiele Neumarkt

**Farben Lacke Malerutensilien**  
empfehlen zu niedrigen Preisen in großer Auswahl  
**Theodor Reiche & Co., Leipzig**  
Pachhofstraße 11/13 (Gewerkschaftshaus).

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 30. März.

Parteiangelegenheiten.

Stätterik. Donnerstag, den 31. März, abends 1/8 Uhr, Funktionärstung bei Heyne.
Deutlich. Heute abend 1/8 Uhr, in der Schulaula, Fortsetzung des Kurses Dr. Erbes: Entwicklung der Religion.

Zusammengebrochen.

Heute früh sollte der Generallstreik in Leipzig ganz allgemein einsehen. Er sollte mit Gewalt erzwungen werden. So hatten es die kommunistischen Führer beschlossen. Doch was sind Beschlüsse, Parolen, Befehle, die über die Köpfe der Arbeiterschaft hinweg ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Lage gefaßt und proklamiert werden, die nicht wurzeln auf dem Boden einer allgemeinen revolutionären Bewegung.

Die Leipziger Arbeiterschaft lehnt nahezu einmütig den Generallstreik ab, weil sie das Nutzlose, das Schädliche des kommunistischen Vorgehens einseht. Und auch die Arbeitsschichten lassen sich nicht vor den Karren der Kommunisten spannen.

Die kommunistische Bewegung ist daher jammervoll zusammengebrochen. Sie hat zahlreichen irreführten sowie der jungen Arbeiterschaft schweren Schaden gebracht.

So lange es in Deutschland eine sozialistische Arbeiterbewegung gibt, ist diese Putzschaffel abgelehnt worden. Lange Zeit konnte sie gar nicht hochkommen. Erst die Kommunisten haben — auf Anweisung von Moskau — zu ihr gegriffen, und sie halten an ihr trotz aller Mißerfolge fest. Aus diesen und andern Gründen konnte sich die USPD im vorigen Jahre dem Diktat Moskaus nicht unterwerfen. Deshalb mußte es zur Spaltung kommen. Das Unheil wäre heute größer, wenn man sich damals widerspruchslos den Bedingungen, die von Moskau diktiert wurden, gefügt hätte. Hoffentlich sieht das die Arbeiterklasse jetzt allgemein ein, wie nützlich es war, sich den Moskauer Anordnungen aufs schärfste zu widersetzen. Jede Arbeiterbewegung ist verloren, wenn man ihr das Selbstbestimmungsrecht nimmt und den Versuch macht, von einer Zentrale aus den Arbeitern die Parolen vorzuschreiben, zu diktieren.

In Leipzig hat, das ist das Erfreuliche, dank der Aufklärungsarbeit der USPD, der Kommunismus nicht starken können. Hier war es ihm nicht möglich, die Arbeiterschaft in den nutzlosen Generallstreik zu treiben. So mancher hat von der „erledigten“ USPD gesprochen. Heute steht man, wie notwendig sie ist, und das Interesse der Arbeiterklasse erfordert es, daß sie stärker wird, daß sie wächst, denn sie ist und bleibt eine revolutionäre Partei, eine Bewegung, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus wurzelt, die geraden Weges ihr Ziel beharrlich verfolgt und sowohl die reformistische wie die putzschaffel Methode ablehnt. Ihre Politik dient allein der Arbeiterklasse, mit ihr kommt die Arbeiterklasse am ehesten zum Sozialismus.

Kommunistische „Kämpfer“.

Im Betriebe der Leipziger Volkszeitung waren beschäftigt acht Kommunisten und ein Syndikalist. Eine kommunistisch gekannte Angestellte war der Parole ihrer Partei, in den Generallstreik zu treten, gar nicht gefolgt. Die anderen sieben Kommunisten sowie der Syndikalist streikten gestern. Heute früh waren, von den sieben kommunistischen „Kämpfern“ sechs kampfsamde geworden. Sie nahmen heute morgen die Arbeit auf, obwohl nach den Beschlüssen der Kommunisten es heute erst recht losgehen sollte. Nur ein Kommunist und der Syndikalist streikten heute noch. Die anderen sechs hatten den „Generallstreik“ auf eigene Faust abgebrochen und sich wieder in den Dienst der Leipziger Volkszeitung gestellt.

Im allgemeinen ist heute die Bewegung in Leipzig noch mehr abgeklaut als gestern. Die Versammlung der Kommunisten im Volkshaus war schlecht besucht. Der Zusammenbruch ist da. Morgen dürften die letzten Kämpfer die Arbeit aufnehmen.

Die Arbeitslosen und der Generallstreik.

Der Erwerbsloserrat hatte gestern die Arbeitslosen zu einer Versammlung nach dem Zoologischen Garten ausgerufen. Die Tagesordnung lautete: Bericht und Stellungnahme der Arbeits-

losen zu der jetzigen Situation. Das Erwerbsloserratsmitglied Schmidt gab nach echt kommunistischer Methode einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der letzten Demonstration vor dem Rathaus und Verhandlung über ihren Dringlichkeitsantrag im Stadtverordnetenkollegium am 23. März. Er hielt es für angebracht, Kritik an der Fraktion der U. S. P. D. zu üben, obwohl sie alles getan hat, was nach Lage der Dinge möglich war. Schmidt meinte, es sei für die Erwerbslosen nötig, sich auf den jetzt in Mitteldeutschland tobenden Kampf einzustellen. Es stehe fest, daß die Arbeitslosen von den Stadtverordneten keine Hilfe erwarten könnten. Sie würden sich daher als geschlossene Masse gegen das Bestreben, sie verhungern zu lassen, wehren. Da aber die Arbeitslosen wenige wirtschaftliche Nachmittels besitzen, müßten sie die Arbeitenden für ihre Forderungen zu gewinnen suchen. Nur die geschlossene Front des Proletariats könne den Forderungen der Arbeitslosen den notwendigen Nachdruck verleihen. Dabei zerplittern gerade die Kommunisten das Proletariat. Nebenher ging dann auf die Vorgänge in Mitteldeutschland ein. Der Bergamungsbemächtigte sich eine Unruhe, da sie glaubte, von der Sipo umgeben zu sein. Grunert vom Erwerbsloserrat mahnte zur Ruhe und Kaltblütigkeit. In seinen weiteren Ausführungen gab er seinem Befremden Ausdruck, daß das Gewerkschaftsstatut sich nicht mit den Vertretern der Erwerbslosen in Verbindung gesetzt habe und statt dessen ein Flugblatt an die Arbeitslosen verteilen ließe, was nicht den Tatsachen entspräche. Die Arbeitslosen würden sich nie dazu hergeben, sich an den Einrichtungen der Arbeiterschaft zu vergreifen. (Wie verhält es sich dann mit der Einzeichnungsliste in der Müllgarage?) Die Arbeitslosen stellten sich auf den großen Kampf ein, doch sollten sie sich nicht von irgendwelchen Drahtziehern mißbrauchen lassen. Die Kommunisten Elzobi und Helbig wandten sich gegen das Flugblatt, die Volkszeitung und die U. S. P., da dadurch die Massen müßig gemacht würden. Ein Antrag forderte, daß die U. S. P.-Mitglieder im Erwerbsloserrat sofort von ihrem Posten zurücktreten. Gegen diesen Antrag wandte sich Grunert, indem er betonte, daß die U. S. P.-Vertreter im Erwerbsloserrat stets ihre Pflicht im Interesse der Erwerbslosen getan hätten. Selbst forderte, daß sich die U. S. P.-Vertreter erklären sollten, wie sie sich zu dem Flugblatt stellten. In seinem Schlusswort forderte Schmidt auf, daß sich die Arbeitslosen restlos den Kämpfenden anschließen, auch wenn keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Es wurde noch bekanntgegeben, daß von einer Demonstration abgesehen werden soll.

Schulanfang und Schulende.

Von einschneidender Bedeutung im Leben des Kindes sind Schulanfang und Schulende, die Zeit, die für so viele jetzt gekommen. Aber auch für die Kommunen bedeuten diese Zeiten wichtige soziale Pflichten, die man immer nur allzusehr vernachlässigt hat und auch heute noch nicht in ihrer ganzen Bedeutung würdigt.

Bis in die neueste Zeit war es selbstverständlich, daß das Kind mit dem sechsten Jahre die Schule betreten mußte, obwohl man immer wieder auch in Deutschland dieselben traurigen Erfahrungen mit dem frühen Schulbeginn gemacht hat wie im Auslande. Der Mannheimer Schularzt Dr. Stephan forderte deshalb schon vor Jahren, die geistliche Erziehung des Alters für den Schulbeginn. Das sechste Lebensjahr sei ein zu früher Schulbeginn, der eine unvündige Vergeudung von Zeit bedeute und der Entwicklung unserer Kinder einen sehr problematischen erzieherischen und geistigen Nutzen bringe. Die schottische Bevölkerung gilt als besser erzogen als die englische, obwohl oder wohl gerade weil in Schottland der Teil der früh zur Schule gekommenen geringer ist als in England. Ein bekannter englischer Schulinspektor, Dr. Newsholme, hat den materiellen Schaden des frühen Schulbeginns auf 1 Million Pfund Sterling berechnet. Auch würde dadurch die körperliche und seelische Entwicklung des Kindes geschädigt, die Zahl der Infektionskrankheiten erhöht und die allgemeine Sterblichkeitsziffer gesteigert. Darum ist es die Aufgabe der Schulärzte, die Kinder in möglichst großer Zahl zurückzustellen, und es bedeutet Kurzsichtigkeit der Eltern, wenn sie eine derartige Zurückstellung nicht gern sehen. Im Gegenteil sollte jede Mutter bemüht sein, die Zurückstellung ihres Kindes zu erwirken, gerade in der heutigen Zeit, in der der Schaden des zu frühen Schulbeginns noch viel gefährlicher für unsere Jugend ist als es vor dem Kriege der Fall war, in der Zeit, in der jene Feststellungen gemacht wurden.

Aber auch den Schulkassen gegenüber hat die Kommune soziale Pflichten, die aber leider heute fast überhaupt noch nicht erkannt werden. Es gibt einen großen Teil von Schulklassen, die für das Leben gesundheitlich ebensowenig reich sind wie so viele Sechsjährige für die Schule. Es ist ein Verbrechen am Volke, wenn diese Kinder dennoch dem Erwerbsleben zugeführt werden. Das hat man in einigen Städten erkannt und dieser Schulklassen einen Landausenthalt erwirkt, so in Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichterberg und Reinickendorf. Diese schwächlichen Schulklassen werden für drei bis sechs Monate auf dem Lande beschäftigt, und zwar mit leichten häuslichen Arbeiten, die eine Erholung bedeuten. Die Städte übernehmen die Kosten für die Hin- und Rückfahrt; die Eltern haben die Kosten der Rückfahrt zu tragen. Es wäre von großer volksgesundheitlicher Bedeutung, wenn diese Pflicht der Städte den Schulkassen gegenüber in allen Kommunen erkannt

würde, damit Schulanfang und Schulende nicht mehr wie heute einen gesundheitlichen Schaden für unsere Volksentwicklung bedeuten würden.

Ein Jahr amerikanische Kinderhilfsarbeit in Leipzig.

Vom Ortsausschuß der Kinderhilfsmission in Leipzig wird uns geschrieben:

Die amerikanische Gesellschaft der Freunde kann in diesen Tagen auf ein volles Jahr ihrer Liebestätigkeit in Leipzig zurückblicken. Am 21. März des vorigen Jahres begann die Kinderhilfsmission in bescheidenem Umfang in der Küche Formheim in der Kanzlerstraße, 500 Schulkinder konnten daran teilnehmen. Am nächsten Tage wurde die Küche im Deutschen Hause eröffnet, die zunächst für 1250 Schulkinder lochte. Diese Zahlen konnten bald erheblich gesteigert werden und erreichten schon in der Woche vom 5. bis 10. Juli ihren höchsten Stand mit 28 590 Personen, nämlich 290 Kindern unter 2 Jahren, 2749 Kindern im Alter von 2 bis 6 Jahren, 24 057 Schulkindern und 1575 schwangeren und stillenden Müttern. Die Zahl der gespeisten Personen mußte dann mit dem Wiederbeginn der Speisungen nach den großen Schulfestivals erheblich eingeschränkt werden, stieg aber ständig wieder, bis sie im März d. J. 18 516 betrug.

Anfang d. J. erfuhr die Zahl der gespeisten Kleinkinder eine sehr erfreuliche Steigerung, es wurden besondere Speisestellen in mehreren Stadtteilen für sie eingerichtet. Leider konnte dem sich zeigenden Bedürfnis bei weitem nicht genügt werden, weil dazu die vorhandenen Lebensmittel nicht ausreichten. Inzwischen werden gegenwärtig 2908 Kleinkinder gespeist, gegen 14 584 Schulkinder und 984 Mütter. Im ganzen sind im ersten Jahre 3 845 615 Mahlzeiten ausgegeben worden, zu deren Herstellung zehn Küchen eingerichtet werden mußten. An Lebensmitteln wurden gebraucht:

Table with 2 columns: Item and Quantity. Items include Schmalz, Käse, Zucker, Reis, Mehl, etc.

zusammen 702177 Kilogramm Lebensmittel.

Außerdem sind folgende Liebesgaben des American Friends Service Committee verteilt worden:

1 Kiste Flaneln im Gewicht von 170,5 kg und 17 500 Stück Weihnachtsgeldscheine.

Die Zubereitung und Verteilung dieser bedeutenden Mengen forderte einen erheblichen Aufwand an freiwilliger Hilfsarbeit der verschiedensten Kreise unserer Bürgererschaft. Neben dem Ortsausschuß hat besonders die Leipziger Lehrerschaft in unermüdbarster Weise mitgewirkt. Aber auch die Elternbeiträge stellten sich gern zur Mitarbeit bei der Verteilung in den Schulen zur Verfügung und mancher Schulhausmeister hat ein gerüttelt Maß von Arbeit leisten müssen. Allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Ganz besonderen Dank schulden wir aber unseren amerikanischen Freunden und den lebenswürdigen Damen und Herren des amerikanischen Komitees. Bis Mitte Juli dieses Jahres wird die Speisung noch wie bisher fortgesetzt werden, dann wird das amerikanische Komitee von Deutschland Abschied nehmen.

Höhere Preise für Wasser und Elektrizität. Der Rat macht bekannt: Infolge der angeforderten Frachterhöhung und der bereits vom 1. Februar ds. Js. ab erfolgten Erhöhung der Braunkohlenpreise müssen zur Deckung der entstandenen Mehrkosten beim städtischen Elektrizitätswerk und Wasserwerk die Preise mit Wirkung für den Verbrauch, der auf den am 1. April 1921 beginnenden Jahrabrechnungen beruht (Rechnung I/1921), erhöht werden. Der Betrag der Erhöhung wird nach seiner endgültigen Festlegung durch die zuständigen Stellen veröffentlicht werden.

Die 7. Ratswache, die den 31. und 32. Wohnspolizeibezirk (das sind die Vororte L. Modau und L. Schönefeld) umfasst, ist nach dem Rathaus Schönefeld verlegt worden. Die Ratswache befindet sich dort im Erdgeschoß, Haupteingang, Eingangsstelle Zimmer Nr. 1. (Fernsprecher Nr. 179, 634 und 18 048.)

Das amerikanische Weizenmehl. Nachdem die Wochenmenge des für Haushaltswende abgegebenen amerikanischen Weizenmehls (Rohmehls) von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Februar auf 200 Gramm erhöht worden ist, wird nunmehr, mit Wirkung vom 16. März 1921 ab, die Ausmahlung dieses Mehls auf 70 Prozent herabgesetzt. Gleichzeitig wird die Reichsgetreidestelle infolge günstigerer Einkäufe in der Lage sein, den Preis des amerikanischen Weizenmehls den Kommunalverbänden mit nur 0,25 Mk. für das Kilogramm zu berechnen. Die Kommunalverbände sind angewiesen, die Zuschläge zur Deckung ihrer Unkosten und für den Kleinhandler auf das Notwendigste zu beschränken, damit der Verbraucher für ein Pfund amerikanischen Weizenmehls möglichst nicht mehr als 3,50 Mk. zu zahlen hat.

Brotbeschlagnahme im Konsumverein. Von der Leipziger Reichsgetreidestelle geht uns mit Bezugnahme auf unsere Notiz in Nr. 71 folgende Erklärung zu: „Von einer Reichsanahme von

Der Taugenichts.

Von Anton Tschekow.

XI.

Nach dem warmen, heiteren Wetter kam eine trübe, neblige Zeit, und die Wege wurden unpassierbar; den ganzen Mai hindurch war es kalt und regnete. Das Klappern der Mühle und das Rauschen des Regens stimmten zum Nichtstun und Schlafen. Der Frühboden ätzelte, es roch nach Mehl und auch das schlaferte ein Weine Frau kam in einem kurzen Schafspelz, in hohen Männergamaschen zweimal am Tage zur Mühle und sagte immer dasselbe:

„Und das nennt sich Sommer! Das ist ja schlimmer als im Oktober!“

Wir tranken zusammen Tee, kochten Brei, aber sahen Stunden lang schweigend da und warteten, ob der Regen nicht aufhören würde. Einmal, als Stepan auf einen Jahrmarkt gegangen war, blieb Mascha die Nacht über auf der Mühle. Als wir aufstanden konnten wir unmöglich feststellen, wie spät es war, denn die Regenwolken verdeckten den ganzen Himmel; wir hörten nur die schlaferten Säbne in Duberschnja tränen und die Wächlein auf der Wiege schnarren; es war noch sehr früh. Wir glugen zum Tisch und zogen das Reh heraus, das Stepan am Abend in unserm Beisein aufgefressen hatte. Darin zappelten ein großer Barich und ein Krebs.

„Lass sie heraus,“ sagte Mascha. „Sollen sie auch glücklich sein.“

„Weil wir sehr früh aufgestanden waren und nachher nichts getan hatten, kam mir dieser Tag sehr lang vor, wohl als der längste meines Lebens. Gegen Abend kehrte Stepan zurück, und ich ging nach Hause.“

„Heute war dein Vater hier,“ sagte mir Mascha.

„Wo ist er denn?“ fragte ich.

„Er ist wieder fort, ich habe ihn nicht empfangen.“

„Da sie sah, daß ich schweigend stehenblieb und daß mir mein Vater sehr lieb war, sagte sie

„Man muß konsequent sein. Ich habe ihn nicht empfangen und ihm sagen lassen, daß er sich nicht mehr herbemühen möchte.“ Nach einer Minute war ich schon draußen auf dem Wege zur Stadt, um mich mit meinem Vater auszusprechen. Es war ichunruhig, naß und kalt. Zum erstenmal nach meiner Hochzeit war mir traurig zumute, und durch mein Gehirn, das von diesem langen, arauen Tage ermilbet war, ging der Gedanke, daß ich vielleicht nicht so lebe, wie ich sollte. Ich wurde müde, allmählich verächtlich für mich selbst und meine Kleinmütigkeit und Faulheit, und ich wollte mich nicht mehr bewegen, wollte nicht denken. Ich gal meine Absicht auf und kehrte um.

Witten auf dem Hofe stand der Ingenieur in einem Ledermantel mit Kapuze und sprach sehr laut:

„Wo sind die Möbel? Es waren wunderbare Möbel im Empireritzel, es waren Bilder, Vasen, und jetzt ist alles leer! Ich habe doch das Gut mit den Möbeln gekauft, daß sie der Teufel!“

Neben ihm stand, die Mühle in der Hand, Moissej, der Arzt der Generalin, ein etwa fünfundzwanzigjähriger Bursche mager und podernarbig, mit kleinen frechen Augen. Eine seiner Wangen war kleiner als die andre, als ob er sie sich im Schlaf „ingedrückt“ hätte.

„Guter Hochwohlgeborenen haben das Gut ohne die Möbel zu kaufen geruht,“ sagte er kleinlaut. „Ich erinnere mich.“

„Halt's Maul!“ schrie ihn der Ingenieur an. Er wurde blaurot und ätzerte, und das Echo im Garten wiederholte sein Geschrei.

XII.

Wenn ich im Garten oder im Hofe etwas machte, stand dieser Moissej immer, die Hände im Rücken, dabei und starrte mich mit seinen frechen, kleinen Augen an. Das ärgerte mich dermaßen, daß ich dann die Arbeit ausgab und fortging.

Von Stepan hatten wir erfahren, daß Moissej der Geliebte der Generalin war. Ich merkte, daß die Leute, die zu ihr in Geldsachen kamen, sich immer zuerst an Moissej wandten, und einmal sah ich, wie ein schwarzer Bauer, wohl ein Köhler, sich vor ihm bis zur Erde verneigte; zuweilen suchte er mit den Leuten und gab das Geld aus eigener Tasche, ohne es erst der Gnädigen zu mel-

den, woraus ich schloß, daß er bei Gelegenheit auch auf eigene Rechnung operierte.

Er schloß in unserm Garten mit dem Gewehr, stahl aus unserm Keller Lebensmittel und benutzte oft, ohne uns zu fragen, unsere Pferde. Wir empörten uns darüber und glaubten nicht mehr, daß Duberschnja wirklich unser Eigentum sei. Mascha wurde oft ganz blaß und sagte:

„Werden wir denn mit diesen Ungeheuern noch ganze andere halb Jahre leben müssen?“

Der Sohn der Generalin, Iwan Tschepkatow, war als Schaffner an unserer Eisenbahn angestellt. Während des Winters war er sehr mager und schwach geworden, so daß er schon von einem einzigen Glas Schnaps betrunken wurde und es ihm im Schatten froz. Die Schaffneruniform trug er mit Widerwillen und schämte sich ihrer, aber seine Stellung hielt er für recht einträglich, da er die Mäulchheit hatte, Kerzen zu stehlen und zu verkaufen. Meine neue Lage erregte in ihm ein gemischtes Gefühl von Erstaunen, Reid und einer vagen Hoffnung, daß es auch ihm ähnlich gehen könnte. Er blidete Mascha mit entzückten Augen nach, und erkundigte sich bei mir, was ich jetzt zu Mittag esse; sein mageres, unglückseliges Gesicht nahm dabei einen traurigen und süßlichen Ausdruck an, und er bewegte die Finger, als betrafte er mein Glück.

„Hör' einmal, kleiner Nukun,“ sagte er mir unruhig, seine Zigarette jeden Augenblick von neuem anzündend; wo er stand, war der Boden immer mit abgebrannten Zündhölzern besät, von denen er für jede Zigarette Dufende verbrauchte. „Hör' einmal, ich lebe recht ein gemeines Leben. Jeder Fährlich kann mich an-schreiben: Du, Schaffner!“ Ich habe auf der Fahrt alle möglichen Dinge gehört und weiß es jetzt: das Leben ist gemein! Meine Mutter hat mich zugrunde gerichtet. Ein Arzt hat mir einmal unterwens gesagt: wenn die Eltern ausdörrt sind, so werden die Kinder Säuger oder Verbrecher. Ja, so ist es!“

Einmal kam er schwankend auf den Hof. Seine Augen blideten blöde, sein Atem ging schwer, er lachte und sprach wie im Fieber, und von seiner wirren Rede verstand ich nur die Worte: „Meine Mutter! Wo ist meine Mutter?“ Er weinte dabei wie ein kleines Kind, das im Gedränge seine Mutter verloren hat.



nige 30 Stimmen erneut eine Entschliessung angenommen. Sie von den Gemeinderäten fordert, die Vereinigung zum Abschluss zu bringen. Gefunden hatten sich die Vereinigungsgegner beider Orte in der Forderung, eine Urabstimmung der Einwohner solle über die Vereinigung entscheiden. — Der Antrag, eine Urabstimmung zu fordern, wurde mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt und ein Zusatz angenommen, dass sich die Gemeinderäte an die Entscheidung der Versammlungen halten sollen.

gr. Großschöcher-Windorf. In der Lebensweise nahmen 80 Schulklassen, fast die Hälfte aller Schulklassen, teil. Schlicht und innig war die Feier und von tiefer Wirkung auf die Teilnehmer. Nichts von weltfremdem Hirtensang, Erdenfest und zukunftslos regte sie an zu neuem Streben und neuen Taten. Das um so mehr, als sie unter Mitwirkung von Lehrern in Arbeit und Durchführung herauswuchs aus der Arbeiterklasse.

ma. Wahren. Aus dem Schulvorstand. Dem Lehrer Rademann wurde anlässlich seiner 25jährigen Tätigkeit an hiesiger Schule ein Glückwunsch überreicht. — Im Juni vorigen Jahres wurde an den Rat der Stadt Leipzig eine Anfrage gerichtet, dahingehend, welche Stellung er wegen der schwebenden Einverleibungsverhandlung zu einem hiesigen Schulhauserweiterungsbau nimmt, ob er gewillt ist, hierzu ein Darlehen zu geben, oder ob ein Ausgleich mit der Schule in Wätern möglich ist. Wider Erwarten schnell (drei Vierteljahr) wurde die Antwort erteilt, dass ein Erweiterungsbau unter den jetzigen Verhältnissen nicht wirtschaftlich sei. Die Frage des Ausgleichs müsse zurückgestellt werden, bis die Einverleibungsverhandlungen abgeschlossen seien. — Wegen Einführung der Mädchenfortbildungsschule macht sich die Anstellung von drei weiteren Lehrkräften nötig. Es wird vorläufig eine besetzt, und zwar durch Lehrer Hirtse aus Lindenau. Für die beiden andern sollen vorläufig Wätere angefordert werden. — Da der Schulleiter Kühn sein Amt niederlegt, wurde an dessen Stelle Lehrer Gläser einstimmig gewählt. — Für die Mädchenfortbildungsschule wurde beschlossen, eine Nähmaschine anzuschaffen und das Geld hierzu bewilligt. — Während der Ferien sollen die Fußböden der Schulräume sowie die Turnhalle mit staubbindendem Öl gestrichen werden. Die Arbeit wird in eigener Regie ausgeführt. — Die Aufnahme fremder Schulkinder wird wegen Raum-mangel abgelehnt. — Dem Ansuchen eines hiesigen Jugendbildungsvereins um Ueberlassung eines Schulzimmers wurde unter den üblichen Bedingungen auf jederzeitigen Widerruf entsprochen. Dem Protest des Schulvorstandes zu Leuzsch gegen die Mitsch-verteuerung schloß man sich an.

a. Cytbra. Gemeinderatsitzung. Es wird bekanntgegeben, daß an Bezirkssteuern fürs laufende Rechnungsjahr nachträglich noch 1105,60 Mk. haben gezahlt werden müssen und daß der Verpflanztag für die in Landesanstalten untergebrachten Kranken ab 1. April von täglich 2,50 Mk. auf 8 Mk. erhöht worden ist. — Die aufgestellte Wohnungszugsteuerordnung läßt man, da eine reichs- oder landesgesetzliche Regelung der Wohnungs-abgaben unmittelbar bevorsteht, vorläufig auf sich beruhen. — Auf die von der Amtshauptmannschaft zufolge Gesuchs des Leipziger Mietervereins, Gruppe Dohsch-Gaußsch, sowie des Mieterverbandes Groß-Leipzigs angeregte Abänderung der amts-hauptmannschaftlichen Bestimmung vom 3. Februar 1909, die Beleuchtung der Treppen in Mietshäusern betreffend, wird nicht zurückgekommen. — Der 5. Nachtrag zur Steuerordnung, Hundesteuer betreffend, wird in zweiter Lesung angenommen. — Der zum dritten Male vorliegende Nachtrag zur Kirchensteuerordnung, die Erhebung eines Zuschlags zur Reichsgrunderwerbsteuer bis zu 0,5 Prozent, wird, trotzdem die Amtshauptmannschaft auf Beschluß des Bezirksausschusses zur Aufstellung desselben drängt, mit 7 gegen 6 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, abgelehnt. — Bei der Oberpostdirektion Leipzig ist die Umwandlung der hiesigen Postagentur in ein Postamt 3 beantragt, doch soll demselben infolge der ungünstigen Wirtschaftslage des Reiches nicht näher-

getreten werden. Es wird beschlossen, den Antrag beim Reichs-postministerium zu erneuern. — Der Frage der Erbauung von Wohnhäusern wird nähergetreten und der Bauauschuss mit Erledigung von Vorarbeiten beauftragt.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Meliorationen in Sachsen.

Im Haushaltsauschuss des sächsischen Landtages wurde die Frage untersucht, inwieweit man Erwerbslose durch landwirtschaftliche Meliorationen beschäftigen könne. Landwirtschaftlich nicht nutzbare Moor- und Dehländereien gibt es in Sachsen nur wenige. Sie sind außerdem in kleinen Flächen über das ganze Land zerstreut und eignen sich deshalb wenig zu Meliorationsarbeiten. Die Zentralstelle für Landeskultur beim Landeskulturrat hält die Entwässerung nasser Wiesen für volkwirtschaftlich empfehlenswert, auch hier kommen jeweils nur kleine Flächen in Betracht. Die Kosten sind sehr hoch und lassen eine Rentabilität kaum erwarten, selbst wenn Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt werden. Da diese Zuschüsse aber nach den bestehenden Bestimmungen nicht an Einzelpersonen, sondern nur an Körperschaften gewährt werden dürfen, ergeben sich große Schwierigkeiten, weil zwischen den einzelnen Besitzern weber räumliche noch wirtschaftliche Zusammenhänge bestehen und daher die Grundbedingung für den Zusammenschluss in Genossenschaften fehlt. Die sächsische Regierung tritt daher beim Reich dafür ein, daß in diesen Fällen Ausnahmen gemacht werden.

### Die Lage des sächsischen Kohlenmarktes.

In den Produktions- und Absatzverhältnissen des sächsischen Steinkohlenbergbaues ist im Monat Februar 1921 eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vormonat nicht eingetreten. Es ist immer noch nicht möglich gewesen, den Ansprüchen voll Rechnung zu tragen. Erhebliche Lieferungsrückstände bestehen in Hausbrandkohle und auch die wichtigsten Industriebetriebe konnten bei weitem noch nicht so bedient werden, wie es unbedingt erforderlich wäre. Vorräte bestehen nicht. Eine Veränderung in den Preisen trat ebenfalls nicht ein. Gegenüber dem Monat Februar 1914 ist ein Förderungsrückgang von etwa 70 000 Tonnen zu verzeichnen

### 50 000 Mark Belohnung.

Der Oberstaatsanwalt in Dresden hat, wie von dort gemeldet wird, eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt für die Ermittlung der Urheber. Täter und Teilnehmer der gegen die Gerichtsgebäude in Dresden, Leipzig, Freiberg und das Rathaus in Robe-wisch gerichteten Sprengattentate.

Jugoslawisches Schweinefleisch. Seit einigen Monaten erfährt in steigendem Maße Einfuhr von jugoslawischem Schweinefleisch nach Sachsen. Dieses Schweinefleisch ist in jeder Beziehung vor-züglich. Das Landespreissamt hat festgestellt, daß dieses Fleisch für 14.— bis 14,50 Mk. für das Pfund in ganz Sachsen an das Publikum abgegeben werden kann. Dieser Preis ist der Durch-schnittspreis. Minderqualite, insbesondere solche Stücke, bei denen, wie es sehr häufig der Fall ist, die handbreite Speckdicht zum Teil entfernt ist, müssen wesentlich billiger verkauft werden. Die Preise scheinen überdies weiter zu fallen.

Dresden. In einer Kiesgrube, die bei der Verlegung des Bahnhofs Dresden-Friedrichstadt ausgeschachtet wurde und in die seit Jahren die Schladen der Lokomotiven geschüttet werden, war vor längerer Zeit ein Brand entstanden, der nicht zu löschen war. Bei der Bekämpfung sind am Donnerstag fünf Arbeiter durch Gase vergiftet worden. Während drei von ihnen sich bald erholten, mußten zwei Arbeiter besinnungslos ins Krankenhaus gebracht werden.

Robewisch. In einer dringlichen Sitzung des Robewischer Ge-meinderats wurde zu dem bekannten Anschlag auf das hiesige Rathaus von Herrn Gemeindevorstand Pfeifer mitgeteilt, daß nach Schätzung Sachverständiger der entstandene Schaden auf mindestens 200 000 Mk. zu beziffern ist, wozu noch ein Mobiliar-schaden von etwa 100 000 Mk. komme. Nach dem Urteil Bauachver-ständiger müsse das Rathaus bis auf einige Umfassungsmauern ab-getragen und wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Weber für einen Wiederaufbau noch für einen Neubau eines Rathauses stehen der Gemeinde Mittel zur Verfügung, sie sei ausschließlich auf den Staat angewiesen.

Gottlesau. In dem Grenzort Peterwald wurde durch ein Großfeuer die Knopfabrik von Wenzel Wolf bis auf die Umfassungsmauern eingeeäschert. Das Feuer verbreitete sich mit so großer Geschwindigkeit, daß sich die Arbeiter in den oberen Stock-werken nur durch Herabspringen retten konnten, wobei mehrere schwer verletzt wurden. Zwei der Verletzten sind ihren Verletzungen erlegen.

Stolpen. Im Zellwoidlecker der Pilschnerschen Knopfabrik erfolgte gestern vormittag 11 Uhr eine Explosion; bis jetzt sind ein Toter und fünf Verwundete festgestellt.

Burkhardt. Ein unauffälliger Vorfall ereignete sich im Park Herrenheide bei Burkhardt am ersten Ostertage abends 11 Uhr. Aus der an den Tausaal anschließenden Veranda stürzte der 21 Jahre alte Sohn des Fabrikanten Dornbusch plötzlich bleich in den Saal. Wenige Minuten später war der junge Mann tot. Es wurde zunächst angenommen, Dornbusch habe der Schläge ge-rührt. Als aber am Montag die Leichenfrau den Toten wusch, entdeckte sie im Rücken eine tiefe Messerlängswunde. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Die Untersuchung ist im Gange.

Großhennersdorf. Der Raubmord an den betagten Rengerischen Eheleuten hat seine Klärung gefunden. Bereits am Karfreitag ging aus Oberoderwitz die Nachricht ein, daß dort am Donnerstag der 36 Jahre alte Handelsmann Wilhelm Oswald Nische als mutmaßlicher Täter verhaftet worden sei, und die inzwischen weiter eingelaufenen Mitteilungen bestätigten die Annahme, daß man in ihm den Mörder der Rengerischen Eheleute gefaßt hat.

## Nicht Kaufpreis

sondern Kilometerleistung ist ausschlaggebend. Je größer diese, desto sparsamer und billiger der Reifen. Darum fahr den bewährten

# Continental

## Pneumatik



Winterr,  
jetzt kommt die  
minimale Ordnung  
prüfen,  
bei solchem Pumpen  
billig und leicht  
für Frauen

Reguläre Preise, der Martilage entsprechend M. 75.- 110.- 160.- 220.- 260.- 310.- 370.- 420.- 470.-

Preise der billigen Woche M. 60.- 90.- 135.- 185.- 220.- 260.- 310.- 350.- 390.-

H. Hollentamp & Co. · Leipzig

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Brühl 28/32

Ede Reichsstr.



Reichskonferenz der USP.

(Schluß).

Referat des Genossen Ustinski auf der Reichskonferenz.

Von einer selbständigen Landespolitik kann nur bedingt die Rede sein. Ihr stehen Hemmnisse entgegen, die durch die einzelnen Länder nicht ohne weiteres überwunden werden können.

Bei geschäftlicher Arbeit wird es auch möglich sein, soziale Aufgaben zu erfüllen, wie es bei der Erwerbslosenfürsorge der Gewerkschaften der Fall ist.

Die Steuerpolitik in den Ländern und Gemeinden.

Der Referent Genosse Henke legt dar: Reichsbankdirektor Havenstein hat vor kurzem darauf hingewiesen, daß nur die schleunigste Beseitigung der Verschuldung und eine Zwangsanleihe vor dem Zusammenbruch bewahren können.

Kann es noch schlimmer werden? Ja! Siehe Rußland, Deutschösterreich und Polen. Von besonderer Wirkung war die Übernahme der Einkommensteuer auf das Reich.

Neue Steuererhöhungen sind trotz des gewaltigen Steuerdrucks in Aussicht genommen. Aus der Getränkebesteuerung sollen zwei Milliarden mehr herausgeholt werden.

Die neue Ordnung der Steuererhebung und Steuerverwaltung hat auch die Länder vor neue schwere Aufgaben gestellt. Die finanzielle Notlage der Gemeinden ist sehr groß.

Die Aufgabe der Aufsichtsbehörden bedürfen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß Steuerordnungen durch die Oberverwaltungsgerichte für unanfällig erklärt werden können.

Welche Gesichtspunkte kommen für unsere Steuerpolitik in Betracht? Nach den von dem verstorbenen Genossen Wurm dem Leipziger Parteitag unterbreiteten und von diesem sanktionierten Richtlinien ist eine sozialistische Steuerpolitik erst nach Ordnung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse möglich.

Ein Grundgedanke sozialistischer Steuerpolitik ist die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ein anderer, daß nach dem Verwendungszweck für die Steuer gefragt wird.

Nur wenig Preise und Gebühren der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe, die zur Befriedigung der allgemeinen öffentlichen Bedürfnisse dienen über die durchschnittliche Profitrate hinausgehen, sind für uns abzuschneiden.

Ausprache

über die beiden Referate. Knauf-Gera begrüßt, daß eine Zentralstelle für die Landespolitik geschaffen werden soll, da nur durch eine Einheitlichkeit in der Politik der einzelnen Länder gebracht werden kann.

In ihren kurzen Schlussworten stellen die Referenten Ustinski und Henke in Aussicht, ihre in den Referaten vorgetragenen Materialien für den Druck zu bearbeiten.

Der Meineidsprozeß gegen Hauptmann von Kessel.

Fünfter Tag.

Der vom Staatsanwalt vorgeladene Understaatsproffessor Wilhelm Liebmann befindet als Zeuge und Sachverständiger. Ich habe niemals in meinen vielen Gesprächen mit Farrer Kump etwas von Renommisterei gehört.

Der nächste Zeuge ist Lehrer Kratmeyer aus Bremen. Er hat gefunden, daß bei dem Farrer Kump sich seine dichterische Phantasie mit der realen Wirklichkeit so mischt, daß er Wahrheit und Unwahrheit nicht zu unterscheiden vermag.

Der Zeuge, Oberwachmeister Meier, bringt alle möglichen nebenhändigen Geschichten vor, so daß der Vorsitzende sich schließlich veranlaßt sieht, die Vernehmung des Zeugen abzubrechen.

Gymnasialgelehrter Ford, dessen Vater der Amtsvorgänger des Farrers Kump in Seckhausen war, sagt aus: Es ging von Kump damals allgemein das Gerücht, daß er rund um sich herum lüge.

Der Vorsitzende will dann den Farrer Kump, noch aber die Duellforderung des Angeklagten befragen. — Zeuge Kump: Ich bin verhandlungsunfähig, für heute ganz erkrankt. — Vorsitz: Es ist ja nur eine kurze Vernehmung. — Zeuge: Nein, ich werde einem andern Zeugen gegenübergestellt werden und möchte verhindern, daß wieder eine falsche Aussage beschworen wird.

In der weiteren Verhandlung wird der jetzt 27jährige Oberleutnant Marloh unter vorläufiger Aussetzung der Verurteilung vernommen. — Vorsitz: Sie sind von dem Kriegsgericht seiner Zeit von der Anklage des Totschlags freigesprochen worden.

Es sei eine treue, ehrliche Haut, gutmütig wie ein Neufundländer und prädestiniert dazu, mißverstanden und ausgenutzt zu werden. — Vorsitz: Sie haben den übrigen Monaten noch nicht abgegessen. — Zeuge: Nein, ich glaube, der ist mir erlassen worden.

Es erschienen dann in den Zeitungen, insbesondere in der Freiheit verschiedene Artikel, und es wurde mir von der Staffell gesagt, daß man mir nach dem Leben trachte.

Ich habe mich dann mit einem sehr unamerikanischen Ausbruch von mir, so daß ich ihm den Rücken zuwandte. — Der Verteidiger und der Angeklagte richteten dann eine Reihe Fragen an den Zeugen Marloh, der diese erst beantwortet, nachdem er den Vorsitzenden gefragt hat, ob er es nötig habe, auf Fragen des Verteidigers zu antworten.

Der Vorsitzende hat die Vernehmung für die Befehle vor der Deckungsliste tragen müssen und suchte die Verantwortung auf mich abzuwälzen. Es kommt darauf mehrmals zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Zeugen Marloh und dem Angeklagten, sowie dem Verteidiger.

Der Vorsitzende hat die Vernehmung für die Befehle vor der Deckungsliste tragen müssen und suchte die Verantwortung auf mich abzuwälzen. Es kommt darauf mehrmals zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Zeugen Marloh und dem Angeklagten, sowie dem Verteidiger.

Der Vorsitzende hat die Vernehmung für die Befehle vor der Deckungsliste tragen müssen und suchte die Verantwortung auf mich abzuwälzen. Es kommt darauf mehrmals zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Zeugen Marloh und dem Angeklagten, sowie dem Verteidiger.

Der Vorsitzende hat die Vernehmung für die Befehle vor der Deckungsliste tragen müssen und suchte die Verantwortung auf mich abzuwälzen. Es kommt darauf mehrmals zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Zeugen Marloh und dem Angeklagten, sowie dem Verteidiger.

Rump. Als v. Kessel sich der Pfarrer Rump anmerken ließ, habe er, Kessel, ihm den Auftrag gegeben, dafür zu sorgen, daß Marzloh ihm nicht über den Weg laufe, sonst müßte er ihn verhaften. Der Angeklagte bestritt die Darstellung als eine Phantasie des Zeugen. Das gleiche gelte auch von der Behauptung des Zeugen, daß er ihm selbst den Urlaubsbrief übergeben habe. Darüber kommt es nochmals zu längeren Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen und dem Verteidiger. Der Verteidiger hält dem Zeugen vor, er habe in der ersten Vernehmung angegeben, daß er den Brief im Geschäftszimmer abgegeben hätte. Der Zeuge gibt das zu, doch habe er später diese Aussage als falsch widerrufen. Tatsächlich habe in der vorigen Verhandlung dieser Brief eine große Rolle gespielt. v. Kessel habe den Brief, dessen Inhalt der Zeuge nicht kannte, geöffnet und dabei gelacht. Er habe darauf geantwortet, ihm sei es gar nicht zumachen. Darauf habe ihm der Verteidiger den Vorhalt gemacht, wie er sich denn über das Lachen wundern könne, wenn er nicht gewußt habe, um was es sich handele. In diesem Moment sei Pfarrer Rump aufgesprungen und habe zur Unterstützung des Zeugen gesagt: „Ja, er wußte, daß es das Urlaubsgeld war, nur den Inhalt kannte er nicht.“ — Zeuge, Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer, erinnert sich, daß Wehmeyer damals gesagt habe, er kenne den Inhalt nicht. Weiter beruft sich der Verteidiger darauf, daß in der vorigen Verhandlung der Zeuge R. A. Gerhart bekundet habe, daß Wehmeyer den Brief im Geschäftszimmer abgegeben hat. — Zeuge Wehmeyer: Ich weiß aber positiv, daß ich den Brief dem v. Kessel gegeben habe.

Eine sehr lange Erörterung knüpft sich dann an die Behauptung des Zeugen Wehmeyer, daß er am Tage der Flucht des Marzloh diesem die Papiere, einen Rost-Ausweis und dann später einen Ranglistenauszug überbracht habe. Letzteren habe er vom 4. Garde-Regiment geholt und sei damit zu Kessel gegangen, worauf dann die Unterschrift v. Kessel und der Stempel des 4. Garde-Regiments angebracht wurden. Mit dem Stempel sei eine kleine Veränderung vorgenommen worden, wobei auch Kriminalwachmeister Dittmann tätig gewesen sei. Die Unterschrift von Kessel habe Kessel selbst heraufgeholt. Der Angeklagte bestritt diese Angaben Wehmeyers mit großer Entschiedenheit. Es sei auch falsch, daß er für Marzloh ab hoc Papiere ausgestellt habe. Es sei aus militärischen und politischen Gründen erforderlich gewesen, daß solche Blanko-Ausweise zur Verfügung standen und Wehmeyer habe zweifellos solche Blanko-Papiere an sich genommen und sie beim Pfarrer Rump ausgefüllt. Auf die Frage des Vorsitzenden, wer denn den Namen v. Schweinitz auf das Papier gesetzt habe, verweigert der Zeuge die Aussage, bestätigt aber, daß Kessel dies nicht getan habe. Ob er Herrn v. Kessel von der erfolgten Abreise Marzlohs Mitteilung gemacht hat, weiß der Zeuge nicht. Auch hierbei widerspricht der Angeklagte lebhaft den Aussagen Wehmeyers, ebenso bei dem weiteren Punkt, dem angeblichen Meineidsbekenntnis des Angeklagten, das er in einem Gespräch mit Wehmeyer abgelegt haben soll. — Der Zeuge bekundet: v. Kessel habe gesagt: „Zu meiner Aussage ist manches unrichtig und ungenau, trotzdem habe ich sie beschworen.“ — Angef. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ich eine solche Bemerkung gemacht habe. Wehmeyer hat gesagt, er habe dem Kriegsgerichtsrat die Hude vorgelesen, aber abgelehnt, die Aussage zu beschwören. Darauf habe ich dem Wehmeyer gesagt, ich kann das doch nicht verstehen, denn ich halte es für unrichtig und ungeschickt, daß ein preussischer Offizier etwas auslegt, was er nachher nicht beschwören kann. — Der Zeuge Wehmeyer bleibt bestimmt bei seiner Aussage, die Kessel mit derselben Bestimmtheit bestrittet. Er wird darin unterstützt, von dem aus Krefeld herbeigekommenen Oberleutnant Schmidt-Manski, der bekundet, er sei bei dem Gespräch zugegen gewesen. Wehmeyer sei dabei etwas aufgeregt gewesen und der Zeuge hat gehört, daß ihm Kessel etwa folgendes vorhielt: Was er als preussischer Offizier auslege, müsse er auch stets beschwören können.

Zeuge Generalleutnant v. Deryn stellt dem Zeugen Marzloh ein glänzendes Zeugnis aus. Er sei ein außerordentlich begabter Mensch mit fabelhafter Energie, äußerst wahrheitsliebend, eine Unwahrscheinlichkeit liege ihm absolut fern. Für seine Kameraden habe er stets alles getan, was nur möglich war, selbst wenn es ihm zum Schaden ausfallen konnte. — Zeuge Oberst Weber: Als ich berufen wurde, die Sicherheitswehr zu organisieren, war Kessel mein erster und bester Mitarbeiter. Der einzige Schutz des Reichs sei damals v. Kessel und das Regiment Reinhardt gewesen. Kessel war stets da, wenn es hieß, Kisten aus dem Feuer holen. Er war geradezu vorbildlich. Er (der Zeuge) habe damals unter allen Parteien Geld gesammelt, um seine Leute vorzukommenfalls zu unterstützen. Alle 3 bis 4 Wochen habe er zu diesem Zweck dem Kessel Geldbeträge überlassen, worüber dieser frei verfügen konnte. Eines Tages habe ihm Kessel gesagt, er brauche mehr Geld, denn man müsse für Marzloh, der nervös geworden sei, etwas tun. Als er später einmal den Marzloh fragte: Wie haben Sie es denn nur fertiggebracht, die Matrosen zu erschleichen?, antwortete dieser, er habe das Gefühl gehabt, daß er und seine Leute andersfalls selbst erschossen würden. Auch dieser Zeuge erklärt, er halte Kessel, das Muster eines altpreussischen Offiziers, nicht für fähig, einen Meineid zu leisten. Schließlich wird noch der telephonisch herbeigekommene Kriminalwachmeister Dittmann vernommen, der entschieden der Behauptung des Leutnants Wehmeyer entgegentritt, daß er bei der Herstellung der Papiere für Marzloh mitgeholfen und sogar Änderungen an dem Stempel des 4. Garderegiments vorgenommen habe. Das sei ab-

solut unwahr. Leutnant Wehmeyer bleibt aber mit aller Entschiedenheit bei seiner Behauptung.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde darauf die Weiterverhandlung auf Dienstag verlegt. Es sollen noch Staatskommissar Weismann und der frühere Postpräsident Ernst vernommen werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Unter diesem Titel ist soeben die erste Nummer des offiziellen Organes des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu Amsterdam erschienen, das in Zukunft alle zwei Monate in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben werden soll. Sitz der Redaktion ist der Internationale Gewerkschaftsbund, Amsterdam (Holland), Bondelstraat 61.

In einer Einleitung umschreibt Genosse Ludegeest die Aufgaben des Blattes und der Gewerkschaften u. a. wie folgt:

Es wird zu untersuchen sein, ob die bisherige gewerkschaftliche Taktik auch für die Zukunft beibehalten werden kann, von der wir erwarten, daß sie die Völker dem Sozialismus entgegenführen wird. Und es wird zu unsern Aufgaben gehören, die Weltrevolution in solche Bahnen zu leiten, daß die Produktion vor unzulässigen Störungen bewahrt wird, und daß nach all den Opfern des Krieges nicht neuerlich Menschenleben geopfert werden.

Auch die Gewerkschaftsbewegung wird in weit stärkerem Ausmaß als bisher den Kampf führen gegen den Militarismus und gegen jeglichen Bruderkrieg, und sie wird Mittel und Wege ausfindig zu machen haben, um diesem Kampf zum Siege zu führen. Die Arbeiter sind heute mehr als je aufeinander angewiesen, und der internationale Geist muß daher mit dem größten Eifer gepflegt werden. Soll dieser Geist aber wirklich Macht über die Völker gewinnen, dann muß das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärker sein als bisher, und danach getrachtet werden, die Strategie und Taktik für den gemeinsamen Kampf möglichst einheitlich zu gestalten. Soweit wie möglich sagen wir, denn wir wissen, daß Gesetze und Sitten die Methoden eines Volkes beeinflussen, daß auch politische Faktoren miteinfließend sind, und daß schließlich jedes Volkselement Gelegenheit haben muß, sich auf seine Weise zu äußern. Nichtsdestoweniger sind wir überzeugt, daß bei aller Rücksichtnahme auf die gegebenen Verschiedenheiten eine Einheit der Aktion in allen wichtigen Dingen erreicht werden kann, zumal es keinem Zweifel unterliegt, daß die Arbeiterklasse selbst von einem starken Willen zur Einheit befeuert ist.

Daneben wird das offizielle Organ der gewerkschaftlichen Internationale der Propaganda für den Gedanken des Völkerverbundes zu dienen haben, und zwar eines Bundes der Völker und nicht der kapitalistischen Regierungen, wie der heute bestehende, der vor allem die Unternehmertenden im Auge hat, sondern eines wahrhaften Völkerverbundes, in dem den Massen durch ihre Vertreter ein Mitbestimmungsrecht gesichert ist und der daher imstande sein wird, den Weltfrieden zu fördern und zu verwirklichen.

Die gewerkschaftliche Aktion ist gegenwärtig einer der wichtigsten Faktoren im Leben der Völker. In einem Augenblick, wo die Einigkeit des Proletariats mehr als je vonnöten wäre, zeigt die politische Organisation der Arbeiterklasse eine bisher noch nicht dagewesene chaotische Verwirrung. Die beginnende und sich immer mehr ausbreitende Weltrevolution findet ein Proletariat vor, das, statt sich ihrer zu bemächtigen und sie in Bahnen zu leiten, die zur Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Produktionsweise führen, auf politischem Gebiet anscheinend zu keiner Einigung zu kommen vermag.

Wir zur Stunde ist es uns gelungen, die Einigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete aufrechtzuerhalten, so daß die Gewerkschaftsbewegung der verschiedenen Länder in einem Bunde vereint ist, auf dem die Hoffnung von 24 Millionen Arbeitern ruht.

Die Kommunisten haben die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als „gelb“ verurteilt. Der Artikel des Genossen Ludegeest zeigt, welche Tendenzen in Wirklichkeit diese „gelbe Internationale“ vertritt, und daß das kommunistische Geschwätz weiter nichts ist als Lüge und Verleumdung. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß manches auch bei der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale noch zu bessern ist, so zeigen doch deren letzten Veröffentlichungen, daß sie gewillt ist, den Kampf um den Sozialismus in energischer Weise zu führen. Sie steht damit vortrefflich von der Moskauer Zentrale ab, die bisher nur die Arbeiterbewegung gespalten und geschwächt hat.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung soll die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften aller Länder sowie der Berufssekretariate kommentieren.

Um die Mitwirkung aller angeschlossenen Organisationen wird gebeten. Die Zeitschrift enthält noch einen Aufruf für den 1. Mai, Adressenverzeichnis, gibt einen Überblick über die wirtschaftliche Lage Mitteleuropas und teilt den „Bannstich Moskauts“ mit.

Wir werden laufend über die wichtigsten Mitteilungen dieses Organes berichten und begrüßen diesen neuen Mitstreiter auf gewerkschaftlichem Gebiet, dem hoffentlich Erfolge blühen werden.

## Drohende Arbeiterentlassungen im Borna-Grimmer Kohlenrevier!

An die Bergarbeiter des Bornaer Reviers!  
Wie wir erfahren, hat der Arbeitgeber-Verband Bornaer Braunkohlenwerke (E. V.) und der Arbeitgeber-Verband Grimmer Braunkohlenwerke in gemeinsamer Sitzung am 29. d. Mts. beschloßen, auf ihren vom Streife betroffenen Verbänden werben folgende Bekanntmachung an die Belegschaften zu erlassen:  
Wir erklären hiermit, daß sämtliche Belegschaften, die spätestens am Freitag, dem 1. April d. J., die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, gemäß § 103, Abs. 1, Ziffer 3 des Allgemeinen Berggesetzes für den Freistaat Sachsen vom 31. August 1910 als entlassen gelten.

Aus der wirtschaftsfeindlichen Beamtenbewegung.  
Wie berichtet wird, ist auf Grund der Zustimmung der Vorstände des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, des Verbandes der Deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamten, der Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, des Bundes Deutscher Post- und Telegraphen-Betriebsassistenten, E. V., und des Bundes geprüfter Sekretäre und Obersekretäre der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, E. V., die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten ins Leben getreten.  
Die freihetlich gesinnten Beamten treten bekanntlich für den Anschluß an den Deutschen Verkehrsband ein.

Gewerkschaftsvermehrung in Finnland.  
Nachdem die Mitglieder der Verbände der Fabrikarbeiter, der Sägereiarbeiter und der Transportarbeiter sich durch Abstimmung für eine Vermehrung entschieden haben, traten deren Vorstände am 6. Januar zusammen und beschloßen, daß die Vermehrung am Ende des Jahres in Kraft treten soll.

## Berichtsaal.

Schöffengericht.  
Beleidigung einer Telephonistin. Die Rücksichtslosigkeit, ja Brutalität, mit der manche Leute ihren Anmut an den Telephonbeamten auslassen, wenn sie nicht sofort bedient werden, kam kürzlich auf dem Schöffengericht zur Sprache. Der Kaufmann D., der 5 Minuten warten mußte, bis sich das Amt meldete, hatte die Telephonistin Sie faules Schwein, faules Ding oder faules Tier genannt und ihr gesagt, wenn sie keine Lust zur Arbeit habe, solle sie sich wegsetzen und andre heranziehen, die arbeiten wollen. Wenigstens beschwor die Telephonistin, daß diese Ausdrücke gefallen seien, während D., der deswegen 300 Mk. Geldstrafe bezahlen sollte und Berufung eingelegt hatte, entschieden bestritt, Schimpfworte gebraucht zu haben. Er regte sich aber bei der Schilderung des Vorganges schon so auf, daß ihn der Vorsitzende mit den Worten zur Ruhe mahnte: „Wir sind doch nicht dazu da, daß Sie uns hier so anfahren!“ Als er von der Beschwerdestelle die Antwort bekam, daß 5 Minuten Wartezeit bei diesem Betrieb nicht zu lange seien, hat er in einem Schreiben an die Direktion diese Ausdrücke noch als eine Unverschämtheit bezeichnet. Zwei Zeugen, die während des Gesprächs im Kontor D.s waren, haben den Ausdruck: „Sie faules Schwein“ nicht gehört, was der eine auch bestritt.

Da Eid gegen Eid stand, hielt der Amtsanwalt die Klage nicht mehr für die mündlich, sondern nur noch für die im Briefe enthaltene Beleidigung aufrecht. Das Gericht schloß sich dieser fremden Auffassung an und nicht an. Sondern verurteilte D. zu 50 Mk. Geldstrafe oder 5 Tage Haft. Es nahm als erwiesen an, daß der Ausdruck faules Ding oder faules Tier gefallen sei, rechnete aber D. zugute, daß er stark nervös sei und annehmen konnte, daß eine schuldige Verzögerung vorlag. — Recht sonderbar war die Beurteilung des Verteidigers, D. hätte ein Recht gehabt, den Ausdruck faul zu wählen, um dadurch eine berechtigte Kritik am Telephonamt zu üben. Es wäre recht gut, wenn der Herr Verteidiger einmal einen Tag lang im Betrieb eines Fernsprekambtes arbeiten und dabei recht oft so liebenswürdige Leute bedenken müßte, wie kein Klient ist. Vielleicht würde er dann einen anderen Begriff von Faulheit bekommen.

Winkeladvokat ist eine Beleidigung. Die Berufung verworfen hat die 5. Strafkammer des Landgerichts Leipzig in ihrer Sitzung vom 22. März 21, die der Kaufmann L. gegen das Urteil des Schöffengerichts Leipzig eingelegt hatte, das ihn wegen Beleidigung zu 300 Mk. Geldstrafe kostenpflichtig verurteilte, weil er den Rechtsvertreter Z. mit der Bezeichnung „Winkeladvokat“ dritten gegenüber bezeichnet hatte.

## Arbeiter! — werbt neue — Volkszeitungsleser.

## Ähnliche Bekanntmachungen.

**3400 Mark Belohnung!**  
In der Nacht zum 23. d. M. sind aus einem Geschäftslokal im Brühl 42 gebundene Kreuzfische 4 rohe Wadler sowie 1 rohe Landotter im Gesamtwert von 34050 Mk. gestohlen worden.  
Auf Wiederherbeschaffung der gestohlenen Fische hat die Gendarmerie eine Belohnung in Höhe von 10 Prozent vom Werte des Wiedererlangten ausgesetzt; die Verteilung erfolgt durch das Polizeiamt unter Ausschluß des Rechtsweges.  
Sachdienliche Mitteilungen schnellstens an die Kriminalabteilung zu Kr. R. IV 828/21 erbeten. Leipzig, den 29. März 1921.  
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## 500 Mk. Belohnung.

Am 23. d. M. nachmittags gegen 6 Uhr ist in der Dufourstraße vor dem Grundstück Nr. 33 gestohlen worden:  
ein Deutscher Schäferhund (Hüde), Stährig, ungefähr 85 cm hoch, hellgelb mit schwarzem, aber etwas gebremeltem Rücken, mit Stehohren und Ringelrute sowie mit Halsband, Steuermark und Maulkorb versehen; der Hund hat an einer Pfote unten eine größere haarlose Stelle und hört auf den Namen „Zeus“.  
Auf Wiederherbeschaffung des gestohlenen Hundes sind von der Gendarmerie 500 Mk. Belohnung ausgesetzt worden, deren Verteilung durch das Polizeiamt unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgen soll.  
Sachdienliche Mitteilungen werden schnellstens an die Kriminalabteilung zu Kr. R. X 786/21 erbeten. Leipzig, den 29. März 1921.  
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## 1000 Mk. Belohnung.

In der Nacht vom 28. zum 29. März 1921 ist aus einem Fabrikarbeitslokal in der hiesigen Ellenbahnstraße ein Hauptantriebsriemen 14,35 m lang, 33 cm breit und 6 mm stark, gestohlen worden.  
Für die Ermittlung des Täters oder für die Wiederherbeschaffung des Riemens ist eine Belohnung bis zu 1000 Mk. ausgesetzt. Die entsprechende Verteilung der Belohnung bleibt vorbehalten.  
Sachdienliche Mitteilungen sind in der hiesigen Volkswache anzubringen. Leipzig, den 29. März 1921.  
Der Gemeindevorstand.  
Veränderung in der Verteilung der bisher auf die allgemeine Lebensmittelliste ausgegebenen Lebensmittel.  
Die bisher auf Marken der allgemeinen Lebensmittelliste für die Stadt Leipzig ausgegebenen Lebensmittel werden künftig bis auf weiteres ohne Abgabe solcher Marken verteilt. Die noch im Besitz der Verbraucher befindlichen Marken der allgemeinen Lebensmittelliste

keine R sind sofortig aufzuheben, da sie jederzeit wieder zur Verteilung der Lebensmittel benutzt werden können.  
Die Verbraucher haben wie bisher die in den Bekanntmachungen des Ernährungsamtes angelegten Lebensmittel bis zu dem darin bestimmten Tage bei ihrem Händler ohne Abgabe einer Marke zu bestellen.  
Der Händler hat dem Verbraucher über die erfolgte Verteilung eine Bestätigung auszubringen und die Bestätigung in die Kundenliste einzutragen. Nach Ablauf der Anmeldefrist hat er auf kürzestem Wege seinem Obmann die Zahl der Bestellungen nach Köpfen mitzuteilen.  
Die Obmänner berechnen wie bisher den Bedarf ihrer Obmannschaft auf dem Obmannleiterfeldeln unter Zugrundelegung der auf den Kopf zur Verteilung gelangenden Menge.  
Alle sonstigen Vorarbeiten der Verteilungsordnung vom 1. August 1918 behalten ihre Gültigkeit.  
Leipzig, am 29. März 1921.  
Ernährungsamt.

**Geyers Billige Lebensmittel**

Schweinefleisch	Pfd. 11.20	10.80
Speck u. Schwarzfleisch, ger.	Pfd. 10.00	
Fleisch-Margarine, Würfel	Pfd. 9.45	
Fleisch, in Qualität	Pfd. 11.00	
Rindfleisch	2-Pfd.-Dose	8.75
Leberwurst	2-Pfd.-Dose	5.00
Blutwurst	2-Pfd.-Dose	4.50
Blutwurst	6-Pfd.-Dose	42.00
Corned beef, ausgewogen	Pfd. 7.80	
Schweinefleisch	Pfd. 11.00	
Polkreis Pfd. 2.40	Griech, weiß	Pfd. 2.75
Rübensaft	Pfd. 2.70	
Breihelberercompott, süß	Pfd. 2.80	
Böhlbering	3 Stück	2.00
Erbsen, Linen, Bohnen usw. in nur prima Qualität zu den bekannt billigen Preisen		
Kernteig	Doppelriegel	3.00

Schönefeld, Paul-Heyse-Strasse 30  
Sellenhausen, Billowstrasse 41  
Reudnitz, Kapellenstrasse 10  
Kleinzschocher, Wigandstrasse 48

**Ger. Speck und Schwarzfleisch**  
Mark 11.— per Pfund  
Abnahme in 1- und 2-Zentner-Kisten ab Donnerstag vom Lager.  
**Eduard Grützke, Leipzig, Viehhof.**

**Billige Fleisch- und Wurstwaren.**  
Donnerstag und folgende Tage:  
In frischgeschl. Hammelfleisch . . . . . Pfund 11.— Mk.  
Fokelschweinefleisch . . . . . Pfund 11.— Mk.  
Blut- und Leberwurst . . . . . Pfund 11.— Mk.  
Preiskopf . . . . . Pfund 13.— Mk.  
H. geräuch. Speck Pfd. 10.— Mk.  
Gesalzener Speck Pfd. 9.— Mk.  
Knackwurst . . . . . Pfund 14.— Mk.  
Schwarzfleisch . . . . . Pfund 12.— Mk.  
In Talg . . . . . Pfund 9.— Mk.

**Markthalle, Galerie Stand 65**

**19 Mk. ein Zimmer Tapete**  
Billige Erneuerung von Wohn- und Geschäftsräumen.  
Größte Auswahl.  
In einfacher Ausführung Mk. 1.50 — 3.50 die Rolle  
„ mittlere „ „ 4.00 — 6.00 „ „  
„ feiner „ „ 7.00 — 15.00 „ „

**Wachstuche**  
Tischdecken, Lebertuche, Tischlinoleum, Tischdecken, Wappentuch, Wachs, Bettelunterlagen.

**Bernh. Nestler Eisenbahnstr. 99.**